

faktionen und Parteiprogramme. Diese einzelnen Männer pflegten ihren Wahlkreisen allerhand Vorteile zu sichern, sei es bei der Vergabe öffentlicher Arbeiten, sei es durch Begünstigung ihrer Wähler bei öffentlichen Bewerbungen u. dgl. Es handelte sich um eine noch primitive Form des politischen Lebens. In ein derartiges politisches Milieu brach nun im Faschismus eine neue, aber ebenfalls primitive Form der politischen Machtentfaltung ein, nämlich die der Gewalttat, die des Knüppels. Und sie schlug unter der Bevölkerung des Südens und der Inseln nicht an. Diese Leute verstanden es auch, die Gewalt zu handhaben und waren nicht gewöhnt, sich von ihr einschüchtern zu lassen. Die ewig Anpassungsfähigen gingen natürlich auch hier zum siegenden Faschismus über, wie sie zum siegenden Sozialismus oder Merkantilismus übergegangen wären. Die Mehrheit der Bevölkerung blieb aber dem Faschismus in tiefster Seele feindlich und läßt sich von ihm nicht niederknüppeln.

Selbst den primitiven südlichen Provinzen waren die Methoden des Faschismus zu primitiv. Nun kann aber die Regierung des Südens nicht entraten. Sie kann wohl einzelne, aber nie die Masse durch Bestechung gewinnen. Daher hat sie die repräsentativen Männer des Südens bei ihrer Schwäche gefaßt, ihrer Eitelkeit und Charakterlosigkeit, und die Wählermasse bei ihrer Anhänglichkeit an ihre Vertreter. Auf diese Art wird der Kammerpräsident De Nicola und der frühere Ministerpräsident Orlando, die beide nicht Faschisten sind, als Vorkriegs- oder Faschisten erscheinen. Sogar der frühere Unterrichtsminister Rasi, der durch seinen Prozeß wegen Unregelmäßigkeiten im Amt bekannt ist, scheint dem Faschismus seine getreuen Wähler der Provinz Trapani zuführen zu wollen. Wenigstens hat ihm die Regierung all seine ihm wegen der Verurteilung aberkanntem Orden wieder zugesprochen. Der Faschismus vollzieht seine Wahlbestechung im Süden auf die allernimmoralischste Weise, indem er die Führer gewinnt und durch sie die Masse nach sich zieht, die so, ohne es zu wissen, den faschistischen Angelhaken schluckt, an dem der lokale Köder steckt. Dieses Manöver nennt dann der Faschist ein Verzicht auf die Vorteile, die ihm das Gesetz bietet, wenn er Hilfe der Mehrheit den Nichtfaschisten anbietet. Und dieser erhabene Verzicht gibt ihm dann das Recht, durch den Trick der Seitenlisten die Nation um ihr Recht auf Minderheitsvertretung zu prellen.

So widerwärtig übrigens diese Ausprägungen „faschistischer Gradheit und solbatischen Draufgängertums“ auch sein mögen, so haben sie bei der bevorstehenden Ernennung der „italienischen Volksvertretung“ keine eigentliche praktische Bedeutung, denn von einer Möglichkeit der Opposition, sich bei der bevorstehenden Schlacht zur Geltung zu bringen, kann gar nicht die Rede sein. Nach der Kostprobe, die die erste sozialistische Wahlversammlung, die in Genua am 27. Januar stattfinden sollte, geliefert hat, wird es sich diesmal mehr um ein Schlachten als um eine Schlacht handeln. In Genua wollten die Einheitssozialisten sich über ihre Wahlhaltung auseinandersetzen, wozu eine private Versammlung von der Polizei erlaubt worden war. In diese drangen die Faschisten ein, mit Knüppeln und Revolvern, schlugen auf alle ein, so daß einige 50 Personen verletzt wurden. Unter den Vermundeten befindet sich der sozialistische Abgeordnete Gonzales, der schon in Mailand bei der Demonstration für die Kriegsgesessenen mit knapper Not dem Tode entgangen war. Verwundet wurde auch jener Marineingenieur Raffaele Rossetti, der den österreichischen Panzer Viribus Unitis versenkt hat und dafür mit der goldenen Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet wurde, die man keinem Mut und seiner Ritterlichkeit (er ließ der ganzen Mannschaft Zeit, sich zu retten, von welcher Möglichkeit nur das hohe Pflichtbewußtsein des Kommandanten nicht Gebrauch machte) zubilligen muß. Auch ihm passiert es jetzt schon zum drittenmal, sich als Zielscheibe des faschistischen Knüppels zu sehen. Zum Schluß befahl die faschistische Miliz den Saal, und die Faschisten verherrlichten ihren „Sieg“ und erklärten durch den Mund eines ihrer „repräsentativen Männer“, des Abg. Grandi, daß sie

Diskussionen erst nach den Wahlen dulden würden. Das ist eine unzweideutige Formel der Orgie, die sich zwei Monate lang unter dem Namen des Wahlkampfes in Italien abspielte wird.

Uebrigens hat auch Mussolini selbst seine endlose und ermüdende „Festrede“ im Palazzo Venezia mit der nachstehenden „frohen Botschaft“ geschlossen: „Ich schwöre bei dem Andenken an unsere Märtyrer, daß wir gestern wie heute, heute wie morgen, bereit sind, totzuschlagen, wenn es sich um das Vaterland und den Faschismus handelt, totzuschlagen und zu sterben.“ Er hat weiter verkündet, daß die Miliz weiterbestehen würde, in alle Zukunft und daß die Gewalttaten von faschistischer Seite nur eine Folge der Opposition wären. Ohne Opposition keine Gewalttat! Wie kann man ehrlicher Frieden anbieten?

Man fragt sich nun, ob es wirklich unvermeidlich ist, daß die antifaschistische Opposition durch Beteiligung am Wahlkampf diesem den Schein einer legalen und konstitutionellen Anerkennung geben soll?

Keine Einheitsfront der Arbeiterparteien.

Mailand, 4. Februar. (CP.) Die marxistische Parteileitung hat in Mailand von dem Mißerfolg ihres Vorschlages zur Bildung eines Blocks der Kommunisten, Sozialisten und Einheitssozialisten zur Stimmhaltung bei den Wahlen Kenntnis genommen. Die kommunistische Partei teilte in einem Briefe mit, daß sie an den Wahlen aktiv teilzunehmen gedenke. Die Sozialisten lehnen ein Zusammengehen mit den gemäßigten Einheitssozialisten ab und haben beschloffen, mit eigenem Programm und eigenen Listen in den Wahlkampf einzutreten. In einem Aufruf an die Parteimitglieder erklärt die Parteileitung, sie hoffe, daß die drei Einheitsparteien das gemeinsame Ziel auch getrennt erreichen würden.

Vorstoß gegen die preussische Regierung?

Wahlmacht!

Die deutschnationale Presse mit Einschluß der D.N.Z. führt seit einiger Zeit den Kampf gegen die große Koalition mit besonderer Schärfe. Daß dabei auch wieder einmal die angeblich einseitige Personalpolitik des Innenministers Seevering in Ostpreußen herbeigeholt, versteht sich von selbst. Beiläufig berühren muß es, wenn nunmehr auch die Deutsche Volkspartei offiziell in die Hezge eingreift und — sich auf die Seite der deutschnationalen Schreiber schlägt. So haben die ostpreussischen Volksparteiler auf einer Vorstandskonferenz in Königsberg eine Resolution gefaßt, in der schärfste eine Aenderung des Kuriers der preussischen Politik in den Personalfragen und unter Umständen sogar ein „anders orientiertes“ Kabinett gefordert wird. Die „Zeit“ gibt diesem Vorstoß eine besondere Bedeutung, indem sie schreibt:

„Es geht in der Tat nicht länger an, daß man dauernd aus parteipolitischen Beweggründen einer politisch ganz anders eingestellten Bevölkerung meist sozialdemokratische Verwaltungsbeamte aufzwängt.“

Auch der „Zeit“ ist natürlich bekannt, daß in Ostpreußen — leider — nach wie vor die deutschnationalen Beamten bei weitem überwiegen und daß es sich bei „Neueinstellungen“ hauptsächlich um Mitglieder des Zentrums und der Demokraten handelt. Da man nicht annehmen kann, daß sich die „Volkspartei“ als solche zu der widerwärtigen persönlichen Hezge gegen die Sozialdemokratie hergibt, wäre der Vorstoß rätselhaft, wenn man nicht wüßte, daß die Volksparteiler in Ostpreußen mit ihrer deutschnationalen Konkurrenz einen sehr schweren Stand haben und sich deshalb reaktionärer stellen als die deutschnationale Partei. Es scheint also, daß die Volkspartei mit diesem Vorstoß versucht, sich für die Wahlen bei ihren ostpreussischen Wählern in angenehme Erinnerung zu bringen. Diesen Luftstich kann man nicht gerade als rühmlich und geschickt bezeichnen. Er ist für den Personalpolitik zu ändern.

Der Beamtenabbau in Preußen.

Ein neuer Entwurf — Verminderung um 25 Proz. — Ein Einspruchsaußschuß für Berlin.

Nachdem im Hauptauschuß des preussischen Landtages eine Einigung über den Regierungsentwurf des Beamtenabbaugesetzes nicht erzielt werden konnte, hat die preussische Staatsregierung von sich aus einen neuen Entwurf ausgearbeitet und diesen dem Ständigen Ausschuß des Landtages zugewiesen. Dieser neue Entwurf, der einen Ausgleich zwischen den Forderungen der Beizsetztretung und der Auffassung der Staatsregierung darstellt, schreibt vor, daß von den Beamten und Angestellten des preussischen Staates und der preussischen Gemeinden, gemessen am Stande vom 1. Oktober 1923, mindestens 25 Proz. zur Entlassung kommen müssen, 15 Proz. davon bis zum 1. April 1924. B. damit, die das 58. Lebensjahr vollendet haben, können ihre Veretzung in den Ruhestand beantragen. Der innerhalb von 6 Monaten nach Inkrafttreten der Verordnung sein Ausscheiden aus dem Staatsdienst von sich aus beantragt, erhält als Abfindungssumme im 2. und 3. Dienstjahr das Zweifache des letzten Monatsgehalts, im 4. und 5. das Dreifache und so fort bis zum achtzehnten Monatsentlohn bei über 14 Dienstjahren. Ueber die Verminderung der Zahl der Lehrer und Beamten der Unterrichtsverwaltung sind Sonderbestimmungen vorgesehen.

In Berlin wird ein Einspruchsaußschuß aus richterlichen Beamten eingesetzt, die von den Präsidenten des Kammergerichts und des Oberverwaltungsgerichts sowie vom Staatsministerium ernannt werden. Dieser Ausschuß hat die Aufgabe, Ungechtigkeiten bei der Durchführung des Personalabbaus zu vermeiden, indem bei ihm von den zur Entlassung kommenden Angestellten und Beamten Berufung eingelegt werden kann.

Der Gesetzentwurf sieht dann außerdem eine Einstellungsperre vor. Danach darf niemand in den unmittelbaren Staatsdienst als Beamter oder Beamtenanwärter berufen werden, solange die vorgesehene Personalverminderung nicht durchgeführt ist. Dasselbe gilt für Angestellte und Arbeiter. Ausnahmen sind in diesem Falle nur zulässig, wenn es sich nur um eine vorübergehende, zur Erfüllung außerordentlicher und zwingender dienstlicher Bedürfnisse notwendige Beschäftigung handelt, oder mit Zustimmung des Finanzministers, wenn die Einstellung durch zwingende dienstliche Bedürfnisse geboten ist.

Die Zahl der Arbeitnehmer soll soweit vermindert werden, wie die Verhältnisse der Verwaltung es erfordern. Bei Betriebsverwaltungen ist auf die Wirtschaftlichkeit besondere Rücksicht zu nehmen. Auf Arbeitnehmer, die mindestens 12 Jahre ohne größere Unterbrechung im Dienst des Reiches, der Länder oder der Gemeinden beschäftigt sind, soll angemessene Rücksicht genommen werden. Die Kündigungen haben spätestens am ersten Werktag eines Monats zum Monatsende zu erfolgen. Entgegenstehende gesetzliche oder vereinbarte Bedingungen treten mit der Maßgabe außer Kraft, daß kürzere Kündigungsfristen wirksam bleiben.

Im allgemeinen wird bei dem Abbau davon ausgegangen, daß Arbeitnehmer vor Beamten auszuwählen sind, wenn sie im wesentlichen gleichartige Dienste verrichten. Der Schluß der Beförderung behandelt die Kürzung von Versorgungsbezügen bei Privatentlohnungen.

„Republikanische Partei Deutschlands“.

Unter diesem Namen hat sich eine neue Vereinigung gebildet, die sich zur demokratischen Einheitsrepublik bekennet und der Schwerindustrie wie dem Großhandelsstand den Kampf ansetzt. Sie veröffentlicht einen Aufruf in diesem Sinne, der wahrscheinlich den „Volkszeitungs“-Redakteur Bietter zum Verfasser hat. Ob sie wirklich eine Partei wird, muß die Zukunft lehren, an sich ist ja das Bedürfnis Deutschlands nach neuen Parteien nicht sehr groß.

Unter den Unterzeichnern finden wir u. a. folgende bekannte Namen: Dr. h. c. Wilhelm Bosh, Stuttgart, Major Endres, Stuttgart, Hans Gehmann, Artur Heichen (Berliner Tageblatt), Erich Koberig, Willibald Krain, Kriminalkommissar Lehner, Walter Wehring, Professor Stier-Somlo, Köln und Frih v. Unruh.

Trische Komödie.

Prüchtig war dieser Abend im Lustspielhaus. A. H. Sänge ist voll von Witz, Volkstümlichkeit und Humor. Seine Komödie „Der Held von Westerland“ wimmelt von grandioser Dardheit. Nichts ist gefälliger, alles kommt heraus aus der besten Laune und Beherrschung des Lebens. Bauernblut durchdringt die Adern dieses Landsmannes von Bernhard Shaw. Sänge schreibt, daß in seiner Heimat noch gesunde Menschen wohnen, die sich am ursprünglichen Spah erbauen und nicht die Operette brauchen, wenn sie lachen wollen. Er wenigstens braucht sie nicht. Sein Held von Westerland ist ein toller Kerl. Kaufen er sich eines Tages mit seinem verstorbenen Vater herum, hebt er eines Tages den Lorbeer auf, um dem toternden Alten den Schädel einzuschlagen. Er glaubt, daß die Fuselleiche wirklich im Dreck liegen geblieben ist. Nun macht er sich auf die Sohlen, damit sie ihm nicht den Strich um den Hals legen, wenn sie den Vatermörder paden. Und nachdem er 10 Tage getipelt ist, kommt der Trost für seine wunden Füße und sein mündes Herz. Im Dorf, das 10 Tagemärsche weit von seinem eigenen Dorf liegt, kaufen die Kerle genau so wacker wie in seinem Vaterhaus. Sie kaufen gerade eine Belade in den Himmel. Darum ist es besonders feierlich. Und die Mädchen in dem Dorf und auch die Witwen, die noch nicht allein schlafen wollen, sind physisch nährlich nach dem Vatermörder, der aus Verzweiflung die Lorbbade hochhob, der aber auch sonst famos in den Gliedern steht und beim Dorreiten als erster durchs Ziel läuft. Dieser Vatermörder ist ein herrlicher Kerl, Ziel für alle Weiberaugen, alle weichen Weiderarme, alle aufgeschmeizenen Weiberherzen. Was tut Gott? Der Alte zu Haus war gar nicht tot hingelassen. Er hatte nur eine Nierenbräuse in den Schädel bekommen. Der Sauffad macht sich bald auf den Weg, um den Schlingel von Sohn einzuholen und tüchtig zu vermalen. Er kommt gerade recht, als der Junge und vermeintliche Spaher zur Hochzeit geführt werden soll. Da hängt erst der richtige Wöber an. Vater und Sohn kriegen sich wieder in die Haare. Noch einmal hebt der Junge die Lorbbade. Diesmal hat es wahrscheinlich gefessen. Denn sie binden ihn ringsherum, um ihn zum Henker zu schleppen. Nein, auch diesmal sieht der Alte wieder auf und diesmal kommen Vater und Sohn freundschaftlich zueinander. Nur wird der alte Sauffad in den Raden genommen, damit ihn der Junge, der ein braver Kerl sonst ist, noch für seine letzten Lebensstage zur Rächternheit erzieht, und damit die ganze Moral nicht fehle, all die lästernen Mädchen und auch die dralle Witwe haben das Nachsehen. Der Schlingel, den sie schon in der Schlinge wählten, entwirrt ihnen, um ein Mann zu werden.

So, wir haben etwas Neues und Fröhliches kennen gelernt. Es rumort und es blüht vom Volk in den Dächern hinein. Er geniert sich nicht, die Dinge geradewegs zu nennen. Jirtus, Clownerie, Selbstoffenheit, Freigedanktheit, alles das beherrscht er. Er froht, es ist eine Freude, daß man ihm begegnen durfte. „Die Truppe“

spielte den irischen Dramatiker mit Wohlgefallen. Heinz Hilpert hatte köstliche Einfälle. Die Komik der wippenden Gesäße, die dem Publikum zugewendet werden und die Bewegungen der Reinpferde auf der Rosendahn nachmachen, das ist gemiß ein gewagter Spah. Aber man juchzte auf vor Vergnügen, weil es so broßig war. Ungeheuer lustig war der alte Sauffad des Herrn Stekel, und mit ihm reungte, rülpste, torkelte und taumelte eine ganze Souffurpanee, kostbar gedrillt, über die Bühne. Den Jungen, der aus einem Mörder ein ordentlicher Mann wird, spielte Ernst Martens, treuherzig, ohne allzu große Geipreißheit und Sentimentalität. Dogny Serwaes übertrieb ein bißchen in ihrer Rolle des verrückten und vertriebenen Frauenzimmers. Aber sie wirkte trotz der Entgleisungen sehr famos. Max Hochdorf.

Vom Scheintod.

Der Scheintod ist ein Zustand, der die Phantasie der Dichter viel beschäftigt hat und anglische Gemüter zu allen möglichen Vorsichtsmaßregeln veranlaßt, um nicht bei lebendigem Leibe begraben zu werden. Heute ist die Feststellung eines einmaligen Scheintodes durch die staatlischen Vorsichtsmaßregeln ziemlich gewöhnlich, aber dieses täuschende Scheinbild des Todes bleibt doch ein rätselhafter Vorgang, der die Wissenschaft eingehend beschäftigt hat.

In einem Aufsatz über die neuesten Methoden der Wiederbelebung, den D. Bruns in der „Klinischen Wochenschrift“ veröffentlicht, beschäftigt er sich eingehend mit dem Scheintod und nennt ihn „ein latentes Leben“, ein Zustand, dem die Kriterien des Lebens, nämlich Reizbarkeit und Stoffwechsel, auf den ersten Anblick zu fehlen scheinen. Beim Scheintode sind weder Herzaktivität noch Atmung wahrzunehmen. Es ist daher irrig, den Eintritt des Todes von dem Augenblick an zu datieren, in der Atmung und Herzschlag aufgehört haben. Auch die Lebensfähigkeit der Nervenzentren erlischt durchaus noch nicht mit dem Augenblick, in dem der Blutkreislauf zum Stillstand gekommen ist. Mit Bestimmtheit kann der Tod erst dann festgelegt werden, wenn Totenstarre und Totenleere einwandfrei nachweisbar sind. Die Totenstarre tritt gewöhnlich nach zwei Stunden, bei gewalttätigen Todesfällen schon nach einer Stunde ein. Man hat also die Verpflichtung, sagt Bruns, „den leblos aufgefundenen Menschen so lange nach allen Regeln wiederzubeleben, solange jene Zeichen noch nicht vorhanden sind. Die Notwendigkeit lange fortgesetzter Wiederbelebungsversuche erhebt ferner aus Beispielen abnorm langer Dauer des Scheintodes, und zwar bei Kohlenoxyd- und Morphiumvergiftungen ebenso wie bei Erhängten, Ertrunkenen, Ertrunkenen und anfallscheinend Verbauten. Bei diesen Fällen werden gelegentlich bis zu 20 Stunden lang weder Atem noch Herzaktivität beobachtet. Und doch können einzelne nachher wieder zu sich und wurden z. T. wieder völlig gesund.“ Diese späten und doch völlig gelungenen Fälle der Wiederbelebung lassen sich nur aus einer sehr starken Herabsetzung der Lebensvorgänge erklären. Wenn man beim Totenstarre Herz- und Atemstillstand durch Ertrinken und gleichzeitige Paralyse erzeugt, so konnte Leben und Gesundheit noch bis zwanzig Minuten nach Eintritt des Scheintodes wiederhergestellt werden. Durch die Kälte ist der Stoffwechsel auf ein Minimum erniedrigt,

und alle chemischen Umsetzungen werden außerordentlich herabgesetzt. Es sind ganz ähnliche Vorgänge, wie sie beim Winterschlaf der Tiere beobachtet werden. Wehrlich dürften auch die Verhältnisse bei den lebendig begrabenen indischen Fakiren liegen. Beim Menschen ist wohl der längste beobachtete Scheintod der einer morphiumvergifteten Schwelmer, die 24 Stunden lang scheintot war, und zwar hat hier die Wirkung des Narkotikums zusammen mit der winterlichen Kälte die Lebensvorgänge auf ein Minimum herabgesetzt.

Barnays Campenleber. Daß das sogenannte „Campenleber“ nicht nur ein Leiden künstlerischer Anfänger oder solcher Bühnenkünstler ist, die ihrer Wirkung auf das Publikum nicht sicher sind, beweist der in diesen Tagen verstorbene Ludwig Barnay. Barnay ist kein ganzes Künstlerleben lang außerordentlich an Campenleber, und er hat sich selber darüber folgendermaßen ausgesprochen: „Zu allen Zeiten war ich vor meinem Auftreten außerordentlich aufgeregt, eine Aufregung, welche sich merkwürdigerweise bis zum Betreten der Bühne fortwährend steigerte, während sie sofort verstand, sobald ich die ersten Worte meiner Rolle gesprochen hatte. Dieses nicht zu erklärende Gefühl ängstlicher Aufregung vor dem Auftreten hat sich bis in die allerletzte Zeit meiner künstlerischen Wirksamkeit niemals losgeworden. Schon tagsüber war ich in der Regel ganz untraktabel, am Mittage konnte ich nur sehr spärlich Nahrung zu mir nehmen und in den Nachmittagsstunden bis zur Theaterzeit war ich einfach ungenießbar und nicht fähig, mit irgend jemand zu verkehren. So habe ich an Tagen meines Auftretens oft vierzig Jahre hindurch ein wahres Martyrium durchgemacht.“

Kunstpreise der Stadt Wien. Der Gemeinderat hat am 27. April 1923 beschlossen, daß die Stadt Wien eine Anzahl von Kunstpreisen jedes Jahr verleihe soll. Die Verleihung in einer Sitzung des Gemeinderatsvorschusses für öffentliche Verwaltungsangelegenheiten Stadtrat Richter über die Bestimmungen, nach denen diese Kunstpreise zu verleihe sind. Er bestimmte, daß für hervorragende Werke der Kunst, der Dichtkunst und der bildenden Kunst drei am 1. Mai eines jeden Jahres zu verleihe Preise geschaffen werden sollen, die für das Jahr 1924 mit je dreißig Millionen festgesetzt und weiterhin alljährlich von der Gemeinde Wien gleichmäßig dotiert werden. Für jedes der drei genannten Kunstgebiete ist ein Preis bestimmt, der auf drei Bewerber derart aufzuteilen ist, daß für das beste Werk drei Schicksel, für das zweitbeste zwei Schicksel und für das drittbeste ein Schicksel des jeweiligen Preises entfallen. Die Bewerber um diese Preise soll nur in Wien leben und wirkenden Künstlern offenstehen. Die Preise werden auf Grund der Vorschläge eines Preisrichterkollegiums, für das der Bürgermeister aus jedem Kunstgebiet drei Mitglieder ernannt, durch den Stadtrat zuerkannt. Die Beschäftigte für das Preisrichterkollegium ist die Direktion der städtischen Sammlungen. Die Antzode wurden einstimmig angenommen. Die Vorlage wird bereit von der nächsten Gemeinderatsitzung behandelt werden.

Zum Calatravortrag des Gen. Dr. Gullmann am Sonntag nachmittags im Eintritsgarten zum baldigen Preis (50 Bl.) in der „Vorwärts“-Buchhandlung schon jetzt zu haben.

Franz Krüger

Der Vorstand der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei hat in den letzten fünf Monaten nicht weniger als vier seiner Mitglieder durch den Tod verloren, von ihnen hatte ein einziges, Wilhelm Pfanckuch, das biblische Alter erreicht. Otto Heinrich, der 60jährige, und Adolf Ritter, der 53jährige, standen in der Vollkraft ihres Schaffens. Franz Krüger aber wurde vor zwei Jahren als 33jähriger durch Krankheit seinem Wirkungskreis entzogen und er ist jetzt, kurz nach Vollendung seines 37. Lebensjahres, dahingegangen. Eine der stärksten Begabungen, eine der schönsten Hoffnungen der Partei wird mit ihm zu Grabe getragen.

Franz Krüger gehörte zu denen, deren Verhältnis zur Partei mit dem Wort „Treue“ nicht erschöpft ist. Er war einer von denen, für die sich das Sozialdemokratentum von selbst verstand als etwas Natürliches, das gar nicht anders sein kann, er war ein Stück von einem Ganzen, in dem er aufging. Und dieses Ganze war für ihn eine Kampfgemeinschaft, in der jeder soviel wert war, als er Fähigkeit, Tapferkeit, Disziplin, Kameradschaft aufbrachte. Er war der rechte Mann, Führer einer eisernen Schar zu sein, die stürmen, aber auch — was zu Zeiten noch wichtiger ist — im Sturm stehen kann.

Solche Führerqualität kann durch guten Willen und idealen Schwung allein nicht erreicht werden. Politischer Schorfblick, nüchternen Fortschrittsinn müssen sich mit ihnen vereinen. Und diese Eigenschaften waren bei Krüger ebenso vorhanden wie eine nie verlassende Aktivität und Geistesgegenwart auch in schwierigsten Lagen. So hat er als Redner, als Schriftsteller — hier im „Vorwärts“ — oft und oft das Wort gefunden, das eine verlorene Situation dem Verständnis erschloß und dem politischen Handeln die Richtung wies.

Als Vorsitzender war er unübertrefflich. Rechte seine Unerregbarkeit in erregten Zeiten auch manchmal anderen, die anders wollten als er, zum Ergebnis geworden sein, an der Reinheit seines Willens und seiner Loyalität zweifelte doch keiner.

Die höchste Probe dieser Loyalität legte Franz Krüger in jenen stürmischen Märztagen von 1920 ab, in denen die Berliner Arbeiter, schockiert durch ihren grandiosen Generalsstreik den Kapp-Putsch niederwarf. Neben Karl Begien war er die Seele dieses Kampfes. Was er dabei an Unermüdlichkeit und Unerbittlichkeit geleistet hat, übertrifft jede Vorstellung. In diesem rüstigen, aber Vorkehrungslos herabtauchenden, militärisch terrorisierenden Berlin die Fäden eines solchen Unternehmens zusammenzufassen — das vermochte nur ein geborener Organisator.

So beschloß Franz Krüger alles, was ihn dazu fähig machte, Führer der Sozialdemokratischen Partei Groß-Berlins in der schwierigsten Zeit zu sein. Er war es, der zusammen mit einer kleinen Schar die Organisation nach ihrem Zusammenbruch durch die Spaltung neu aufbaute. Gerade aber, weil er wußte, was Spaltung heißt, hat er auch den hohen Wert der Einigkeit erkannt. Ein tragisches Geschick hat ihn auf sein langes Krankenlager gebracht eben in dem Augenblick, in dem sich die Einigung vollzog.

Nach dem Kapp-Putsch war der Name des damals 33jährigen ernstlich als der des künftigen preussischen Ministerpräsidenten genannt worden. Ein Jahr später kandidierte ihn unsere Fraktion im Reichen Hause als Stabsordnungsleiter. Sicher hätte Franz Krüger im politischen Leben Deutschlands noch eine hervorragende Rolle gespielt, wenn ihm das Schicksal ein längeres Leben gegönnt hätte. Solange wir ihn kannten, war er einer, der fernste und wachste.

Früh gestorben, mag er über den Tod weiterwirken als ein Vorbild für die Jugend, deren die Sozialdemokratie bedarf, um ihre hohe Mission zu erfüllen. Selbststark und stiller Ernst, unererschrockene Kampfesfreude, eiserne Arbeit nur um der Sache willen, wenn das in unserer Jugend lebt wie es in Franz Krüger gelebt hat, brauchen wir um die Zukunft nicht zu bangen.

Krügers Lebenslauf.

Franz Krüger war am 1. Januar 1887 in Königsberg i. Pr. geboren. Nach der Entlassung aus der Volksschule war er zunächst 2½ Jahre als Gehilfe des hiesigen Schriftstellers Prof. Siegfried in Königsberg tätig. Bis zum Jahre 1907 war er bei Rechtsanwältin Bureauangestellter. Schon mit 20 Jahren wurde er Arbeitersekretär in Königsberg, welche Stellung er bis 1914 bekleidete. Seine gewerkschaftliche Organisation, der Verband der Bureauangestellten, berief ihn im Oktober 1914 zum Ortsbeauftragten in Berlin. Er war hier der erste besoldete Angestellte. Sein außerordentliches organisatorisches Talent brachte die Berliner Zahlstelle zu schnellem Wachstum. In Königsberg war er schon von 1912 bis 1914 Stadtdirektor. 1921 wurde er auch als Vertreter unserer Partei in das Berliner Stadtparlament entsandt und schon im Januar 1922 von unserer Fraktion als Vorsteher vorgeschlagen. Die bürgerlichen Stadtväter lehnten es damals freilich ab, für ihn zu stimmen, weil er noch zu jung im Rathaus wäre.

Bei den Wahlen von 1919 entsandte ihn der Wahlkreis Potsdam in die Nationalversammlung. Ein Jahr später bei den Reichstagswahlen unterlegen, wurde er dann 1921 in den preussischen Landtag gewählt.

Bei Ausbruch der Revolution war er zweiter Vorsitzender der Berliner Parteiorganisation, später dann erster Vorsitzender. 1922 konnte er infolge seiner Krankheit nicht wiedergewählt werden.

Krüger wurde 1920 in den Parteivorstand gewählt, um besonders agitatorisch nach außen hin zu wirken und die Organisation der Beamten zentral zu leiten. Er erwarb sich gerade in dieser Tätigkeit unschätzbare Verdienste.

Nach der Revolution wurde Franz Krüger mit dem Range eines Ministerialdirektors zum Leiter des Bureau des Reichspräsidenten berufen, welchem Amt er bis Mitte 1920 versah.

Kurz nach dem Parteitag von Nürnberg hatte ein schweres Nervenscheiden mit Bähmung der unteren Extremitäten Franz Krüger auf das Krankenlager geworfen, von dem er sich nicht wieder erheben sollte.

Einäscherung Sonnabend nachmittag.

Die Leiche des Genossen Franz Krüger wird am Mittwoch um 2 Uhr vom Birchow-Krankenhaus nach dem Krematorium in der Gerichtstraße gebracht. Die Einäscherung findet dort am Sonnabend um 5¼ Uhr statt.

Die Zivilprozessordnung im Rechtsausschuß.

Der Rechtsausschuß des Reichstags behandelte am Dienstag die Reform des Verfahrens in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten weiter. Gegenstand der Diskussion war zunächst das Verfahren vor dem Einzelrichter. Vermögensrechtliche Streitigkeiten sollen nach der die Vermögensverhältnisse im ländlichen Verfahren grundsätzlich durch den Einzelrichter entschieden werden, doch soll eine Vermehrung an die Kammer eintreten, soweit eine der Parteien — was in jeder Lage des Verfahrens zulässig sein soll — dies beantragt oder der Einzelrichter selbst dies von Amts wegen anordnet. Der Ausschuß trat diesem Standpunkt bei. Auch einige weitere Veränderungen der Zivilprozessordnung wurden vom Ausschuß angenommen, die im wesentlichen dazu dienen, bestehende Vorschriften der Neuordnung anzupassen.

Wilson zum Gedächtnis.

Des Präsidenten Tragödie — die Tragödie Europas.

Präsident Wilson liegt auf der Totenbahn. Er hat sich vergebens bemüht, den Fluch der europäischen Nothstände zum Segen des großen Völkerfriedens zu erwandeln. In diesem Augenblick erscheint im Verlag von Paul List-Verlag der dritte Band des Werkes von H. St. Baker: „Woodrow Wilson. Memoiren und Dokumente über den Vertrag von Versailles 1919“. Er entwickelt in dramatischer Spannung die Tragödie Wilsons. Die zur Tragödie Europas wurde. Wir geben aus dem überreichen Werk zwei Kernstücke wieder.

Kein Wilson-Frieden!

General Smuts (Südafrika) an Wilson.

Britische Delegation, Paris, 30. Mai 1919.

Lieber Präsident Wilson!

Schick auf die Gefahr hin, Ihnen lässig zu fallen, möge ich es mir noch einmal an Sie zu wenden.

Die deutsche Antwort auf die von uns aufgestellten Friedensbedingungen scheint mir die fundamentale Note anzuschließen, die für uns am gefährlichsten ist und die wir mit größter Sorgfalt zu erwägen gehalten sind. Sie legen im Grunde, daß wir Ihnen gegenüber unter einer feierlichen Verpflichtung stehen, einen Wilson-Frieden zu schließen, einen Frieden in Uebereinstimmung mit Ihren 14 Punkten und anderen 1918 verkündeten Grundgesetzen. Es besteht nach meiner Ansicht absolut kein Zweifel, daß dem so ist. Abgesehen von den beiden von den Alliierten vor dem Waffenstillstand gemachten Einschränkungen sind wir verpflichtet, einen Frieden zu schließen im Rahmen der vier Capelle Ihrer Punkte und Prinzipien. Und alle Bestimmungen des Friedensvertrags, die in ihrem Ziele und Zweck dagegen sind oder darüber hinausgehen, würden einen Bruch des Abkommens bedeuten.

Das scheint mir völlig klar, und es ist eine Frage des Zustandes, ob es derartige Bestimmungen gibt. Gibt es sie, dann ist unsere Lage in der Tat ernst, wenigstens wie ich sie auffasse. Dieser Krieg begann mit einem Bruch eines feierlichen internationalen Versprechens, und es war eines unserer vornehmsten Kriegsziele, internationales Recht und die Heiligkeit internationaler Verpflichtungen zu schützen. Falls die Alliierten den Krieg beendigen, indem sie dem Beispiele Deutschlands bei Beginn folgen und der Welt gleichfalls mit einem „Freyen Papier“ gegenübertreten, dann wird unsere Schande so groß sein, daß ich schaudere, denke ich an die letzte Wirkung auf die öffentliche Meinung. Wir würden in der Tat ein schwereres Unrecht als Deutschland auf uns laden, denn alles, was seit August 1914 geschehen ist, und dank des furchtbaren Schicksals, das gerade auf diesen Punkt sich konzentriert hat.

Daher erhält die Frage höchste Bedeutung, ob es im Friedensvertrage wichtige Bestimmungen gibt, die im Widerspruch stehen mit Ihren Punkten und Prinzipien oder durch diese nicht gedeckt sind oder darüber hinausgehen. Ich bemerke eine Neigung, die gesamte Verantwortlichkeit für die Entscheidung dieser Frage auf Sie zu wälzen und zu erklären, daß ja Präsident Wilson schließlich dem Vertrage zugestimmt habe und er wisse doch am besten, was die Punkte und Prinzipien belegen wollen. Dieses bedeutet eine große Ungerechtigkeit Ihnen gegenüber, und ich meine, wir alle sollten der Frage die ernsteste Beachtung schenken, ob unser Friedensvertrag sich im Rahmen der vier Capelle Ihrer Reden von 1918 hält.

Offen heraus, ich glaube nicht, daß das der Fall ist, und es scheint mir, daß die Deutschen triftige Rechtsgründe in bezug auf eine Anzahl der Bedingungen vorbringen. Alle die einseitigen Bedingungen, die Beschäftigung oder Gleichberechtigung ausschließen, und alle die Kadelspitzen, von denen der Vertrag spricht, scheinen mir gegen den Buchstaben und den Geist Ihrer Punkte zu verstoßen. Ich vermute nichts in den Punkten und Prinzipien zu entdecken, was zum Beispiel die einseitige Internationali-

isierung deutscher Strafen und die völlig schlechte und voreilige Verwaltung, die in bezug hierauf vorgehoben ist, zu rechtfertigen vermöchte. Reparationen vermögen nicht die in bezug auf das Saarbecken und seine Bevölkerung getroffenen Abmachungen zu decken. Ich bin sogar im Zweifel, ob die Okkupation des Rheins der fünfzehn Jahre mit dem Buchstaben und dem Geiste Ihrer Punkte und Grundgesetze übereinstimmt, und es gibt noch viele andere Punkte, auf die ich mich nicht beziehen will, aber die zweifellos Ihre Kräfte einer Erwägung unterziehen werden.

Es wird eine furchtbare Enttäuschung geben, wenn die Völker zu der Auffassung gelangen, daß wir keinen Wilson-Frieden schließen, daß wir der Welt unsere Versprechungen und der Dessenklöße nicht die Treue halten. Wenn wir das tun, wird es so scheinen, als brächen wir das schwelende Abkommen, das wir im vollen Bewußtsein (wie ich es wenigstens glaube) geschlossen haben, und wir werden mit schwerer Schande überschüttet werden, und dieser Friede könnte dann wohl sogar ein noch größeres Unheil für die Welt bedeuten, als es der Krieg war.

Verzeihen Sie mir, daß ich Sie mit dieser Angelegenheit beunruhige, aber ich glaube, es handelt sich um die Würde unserer ganzen Sache.

Die Verantwortung für Versailles.

Aus einer Sitzung der amerikanischen Friedensdelegation in Paris am 3. Juni 1919.

Der Präsident (Wilson): Ich möchte nicht unermüdet erscheinen, aber mein Gefühl ist folgendes: daß wir in dem Vertrage keine Änderungen machen sollten, um seine Unterzeichnung zu erlangen, wenn wir glauben, daß er das enthält, wofür wir kämpften, daß die Zeit, alle diese Fragen zu erwägen, damals war, als wir den Vertrag schrieben; und es macht mich ein wenig müde, wenn Leute kommen und jetzt sagen, daß sie furcht haben, die Deutschen würden nicht unterzeichnen, und ihre Furcht basiert auf Dingen, auf denen sie zur Zeit, als der Vertrag geschrieben wurde, bestanden; das ist mir einfach zumider.

Und das geschah. Diese Leute, die unser Unheil über den Haufen warfen und Sachen in den Vertrag schrieben, die jetzt den Geist des Antistes bilden, stolpern jetzt über sich selbst, um diesen Geist des Antistes aus dem Wege zu räumen. Wenn er nicht da sein sollte, so sage ich: schick ihn fort, aber ich sage, schick ihn nicht nur fort, um die Unterchrift unter den Vertrag zu bekommen.

Mr. White: Denken Sie dabei an die Franzosen?
Der Präsident: In erster Linie an die Briten. Es gibt eine britische Gruppe, die sich aus allen möglichen britischen Parteien, von Winston Churchill bis Fisher, zusammensetzt, von den Unvernünftigen zu den Vernünftigen, alle durch die Bonk sind sie einheitslich in ihrer Panik. Dessen bin ich überdrüssig. Sie hätten von Anfang an verständlich sein sollen, dann hätten sie es nicht nötig gehabt, es zum Schluß mit der Angst zu bekommen. Sie hätten tun sollen, was vernünftig ist, meine ich, und es ist nicht sehr höflich von mir, sie daran zu erinnern, obgleich ich es mit so viel Grazie, wie ich aufbringen konnte, getan habe.

Mr. Davis: Sie sagen, daß Sie nicht ganz verstehen, warum Sie ihnen gestatteten, so zu handeln.

Oberst House: Damit sagen Sie also, daß Sie für das, was Sie selbst getan haben, verantwortlich sind.
Der Präsident: Ich wäre absolut bereit, die Verantwortlichkeit auf mich zu nehmen, wenn das Ergebnis gut ist. Aber obgleich wir sie nicht zurückhalten konnten, und es ja die Sache in den Vertrag aufzunehmen, erreichen wir doch sehr schwerwiegende Modifikationen von ihnen. Wenn wir den Vertrag so geschrieben hätten, wie sie es wünschten, wären die Deutschen in der Minute, wo sie ihn sahen, wieder nach Hause gegangen.
Der Herr sei mit uns!

Bürgerliche „Moral“.

Wozu der Ausnahmezustand gut ist.

Dresden, 5. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Ein Teil der bürgerlichen Presse Sachsens bemerkt sich seit einiger Zeit, den Lesern möglichst täglich die persönliche Affäre eines Sozialdemokraten vorzuführen, um so in die zurzeit sehr ruhige Landespolitik Abwechslung hineinzubringen. Gegenwärtig ist nun der Kampf gegen Ministerialdirektor Freund und den Landtagsabgeordneten Bezirkschulrat Arzt entbrannt. Dem Genossen Freund wird vorgeworfen, daß er dem Staate die Umzugskosten seiner Frau vorgeschütet, daß er den Doktorittel fälschlicherweise geföhrt, seine Praxis als Arzt unbefugt ausgeübt und vor seiner Scheidung von seiner ersten Frau mit der zweiten ein skandalöses Leben geführt habe. Alle diese Anklagen gegen Freund entbehren jeder Grundlage. Es ist z. B. einwandfrei festgestellt worden, daß er 1916 die ärztliche Prüfung in Lützen mit „Sehr gut“ bestanden und gleichzeitig die Approbation als Arzt erhalten hat. Eine Verurteilung des Genossen Freund, in der er mittelbar, daß er gegen sich ein Disziplinarverfahren beantragt habe, weil die Behauptungen seiner Verleumder unwahr sind, wird von der bürgerlichen Presse totgeschwiegen. Die Vorwürfe gegen den Genossen Arzt, die gleichfalls persönliche Dinge betreffen, werden vor Gericht geklärt werden, da dieser gegen die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ Verleumdungen erhoben hat.

Der welfische Partikularismus.

Volkabstimmung auf Abtrennung Hannover.

Die Deutsch-Hannoveraner, jene agrarisch-welfische Partei, die seit 1888 die Wiederaufrichtung eines selbständigen Hannover betreibt, verfolgt dieses Ziel seit Jahr und Tag mit Hilfe des Art. 18 der Weimarer Verfassung. Aus außen- und innenpolitischen Gründen hat die Reichsregierung bisher immer wieder einen Druck auf die deutsch-hannoversche Partei ausgeübt, die Durchführung einer Volksabstimmung auf Trennung der Provinz Hannover von Preußen hinauszuschieben. Das kleine Häuflein welfischer Volkstümer ließ sich jedoch nicht mehr länger hinhalten; war entschlossen, zunächst wenigstens in einem Teile der Provinz Hannover entsprechend dem § 18 eine Abstimmung herbeizuführen, um durch sie den Willen der Bevölkerung festzustellen. Die Reichsregierung hat nunmehr, wenn auch widerstrebend, nachgegeben, und am Dienstag in einer Kabinettsitzung beschloß, die Volksabstimmung in ganz Hannover 14 Tage nach den Reichstagswahlen, d. h. also voraussichtlich im Monat Juni, stattfinden zu lassen. Wenn bei dieser Volksabstimmung ein Drittel der zum Reichstag wahlberechtigten Einwohner des abzutrennenden Gebietes es verlangt, muß die Reichsregierung dann die endgültige Abstimmung anordnen. Um eine Gebietsänderung herbeizuführen, sind drei Fünftel der abzugebenden Stimmen, mindestens aber die Stimmenmehrheit der Wahlberechtigten, erforderlich. Es ist kaum zu erwarten, daß die Deutsch-Hannoveraner, die ihren Anhang fast nur unter der Bauernschaft der Provinz haben, die erforderliche Stimmenzahl bei einer endgültigen Abstimmung aufbringen werden, wenn es ihnen überhaupt gelingen sollte, bei der Vorabstimmung genügend Anhänger an die Urne zu bringen.

Eine Erklärung der Sachverständigen.

Der Zweite Sachverständigenausschuß veröffentlichen durch W.D. folgendes Kommuniqué:

Die Aufmerksamkeit des Zweiten Sachverständigenausschusses ist auf Presseäußerungen gelenkt worden, nach welcher die Ende dieser Woche erfolgende Abreise des Ausschusses aus Berlin dadurch verursacht sei, daß die deutsche Regierung nicht imstande gewesen sei, Fragen, die die deutschen Auslandsguthaben betreffen, zu beantworten. Diese Mitteilungen entsprechen in keiner Weise den Tatsachen. Der Ausschuß hatte ursprünglich geschloß, seine Berliner Untersuchungen gegen Mitte dieser Woche beenden zu können. Ein Teil des vorbereiteten Informationsmaterials erforderte jedoch unermesslich längere Zeit als erwartet. Tatsächlich hat der Ausschuß sowohl von der deutschen Regierung als auch von den Banken jede nur mögliche Unterstützung gefunden. Der Ausschuß benutzt gleichzeitig diese Gelegenheit zu erklären, daß in dem von den Banken abgesehen freiwillig zur Verfügung gestellten Zahlenmaterial die Namen auswärtiger Kunden weder erheben noch bekanntgegeben worden sind. Der Ausschuß hat es nicht für nötig befunden, legendenartige Untersuchungen anzustellen, die das Bankgeheimnis verletzen.

In der Besprechung, die am Dienstagvormittag zwischen den Mitgliedern des Währungsausschusses der Sachverständigen und dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht sowie dem Finanzminister Dr. Luther stattfand, wurden die beiden Pläne der Schaffung einer deutschen Goldnotenbank eingehend beraten; den einen halle Dr. Schacht bereits in Paris den Sachverständigen unterbreitet, während der andere seine Entschlossenheit den Mitgliedern des ersten Sachverständigenausschusses verdankt. Es soll ein gemeinsamer Entwurf herbeigeführt werden. Die Aussichten dafür fallen gut aus, da die beiden Pläne in ihren Grundzügen viel Gemeinsames aufweisen.

Die T.-U. erklärt: Am Dienstag letzte die zweite Kommission für Kapitalflucht die Prüfung des deutschen Materials fort unter Hinzuziehung des deutschen Wirtschaftssachverständigen Dr. Czupanski, der nähere Angaben über das in Deutschland befindliche ausländische Kapital machte. Der zweite Untersuchungsausschuß zur Prüfung des Reichshaushalts hieß die Staatssekretäre Fisher und Schröder und die Ministerialdirektoren v. Schlieffen und von Koppi an, die über die Ausgaben ausführlichen Angaben machten. Die Einnahmen stehen Mittwoch zur Beratung.

Die Notbefolgung der Beamten.

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages befaßt am Dienstag eine Reihe von Anträgen über die Aufbesserung der Beamtenbezüge. Reichsminister Cieschke (Dnat) richtete an die Regierung eine Reihe von Fragen, so, ob es zuträfe, daß die Frauen- und Kinderzulagen ganz weggelassen sollen, ferner, ob bei einem Steigen der Mietzinssteuer die Ortszuschläge erhöht werden würden. Ein Regierungsvortrager erwiderte, daß eine Befreiung der Frauen- und Kinderzulagen nicht beabsichtigt sei, daß über eine der Erhöhung der Mietzinssteuer entsprechende Hinaufsetzung der Ortszuschläge mit der Reichsregierung verhandelt werde, sowie daß die jetzige Befolgung nur eine Notbefolgung und eine Liebergangmaßnahme sei.

Gewerkschaftsbewegung

Arbeitszeitkampf in der Textilindustrie.

In der Textilindustrie hat sich ebenfalls der Abwehrkampf um die Verlängerung der Arbeitszeit in allen Teilen des Reichs begonnen. Die Unternehmer begründen die Forderung auf Verlängerung der Arbeitszeit mit der allgemeinen Behauptung, daß sie auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig sind. Diese Behauptung enthält jedoch jeder sachlichen Grundlage. Gerade in den letzten Monaten hat sich die Absatzsituation von Textilfabrikaten ganz wesentlich gehoben, so daß die Ziffern des Jahres 1923 erheblich überschritten worden sind. Diese Tatsache beweist, daß die deutsche Textilindustrie sehr wohl konkurrenzfähig ist. Beachtet man dabei selbstverständlich, daß der Lohnanteil vom Verkaufspreis des Fertigprodukts ganz gewaltig gesunken ist.

Im Heft 3 und 4 „Die Wirtschaftskrise“ der „Frankf. Ztg.“ wird u. a. der Anteil der Löhne am Preis des Produkts nach den Ergebnissen eines Preisvergleichens besprochen. Nach diesen Ermittlungen wird der Lohnanteil für ein Kilogramm Wollwolle 1914 auf 10,6 Pf., der Lohnanteil und Gehälter zusammen auf 12 Pf., der Verkaufspreis auf 181 Pf. bemessen. Die Löhne und Gehälter betragen somit 6,6 Proz. Dieser prozentuale Anteil ist in der Zeit vom 1. bis 30. Oktober 1923 auf 1,6 Proz. gesunken. In der Baumwollweberei betrug der Prozentanteil der Löhne und Gehälter am Produkt 1914 12,8 Proz. und vom 1. bis 30. Oktober 1923 nur noch 3,2 Proz. Dieses Verhältnis hat sich auch nach Beilegung der Inflation nicht geändert. Es liegt aber die Möglichkeit nahe, daß der Lohnanteil immer noch um einiges gesunken ist, während der Warenpreis seit Oktober 1923 um ungefähr 20 Proz. und der Baumwollpreis um 15 Proz. stieg, aber der Lohn um 19,5 Proz. fiel.

Zudem steht aber auch fest, daß in den meisten Branchen und Betrieben der Textilindustrie, obwohl technische Verbesserungen nicht vorgenommen wurden,

Die Friedensleistung im Zehntundentag erzielt

und über alles das kann die Textilindustrie von ihrer Forderung auf Verlängerung der Arbeitszeit nicht zurückhalten. Ein besonderes Schlaglicht auf das Verhalten der Textilindustrie wirft ein Rundschreiben 318/24 des Verbandes Münsterländischer Textilindustrieller. Es heißt da unter anderem:

„Auf die Notwendigkeit des Zehntundentages braucht wohl nicht besonders hingewiesen zu werden. Auch in den Betrieben, wo wirklich noch Kurzarbeit herrscht, wird nicht zur Verbilligung der Produktion der Zehntundentag durchgeführt werden.“

Diese Sätze zeigen, daß das Verlangen der Unternehmer nicht von wirtschaftlichen Notwendigkeiten diktiert ist, sondern aus rein wirtschaftlichen Gründen. Die „Leipziger Wochenzeitung“ für die Textilindustrie brachte vor kurzem einen Bericht über die Geschäftslage der Greiz-Geraer Webereien, in dem darauf hingewiesen wird, daß der Auftragsbestand der Webereien ein bedeutend größerer wäre sein können, wenn nicht durch die Preiskonvention Sächsisch-Thüringischer Webereien die Festsetzung der Preise für Webwaren nach den Kalkulationen der technisch rückständigsten Betriebe erfolgte. Die Realpolitik ist es, die der technischen Höherentwicklung und der Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit fast unüberwindliche Schranken setzt. Die Textilindustrie selbst wird durch die Verlängerung der Arbeitszeit nichts gewinnen, im Gegenteil, die Leistungen werden zurückgehen.

Die Internationale Arbeitsorganisation.

Deutsche Ratifikationen — mit Ausnahme.

Das Internationale Arbeitsamt wurde vom Reichsarbeitsministerium benachrichtigt, daß alle Übereinkommen, die auf der Konferenz von Genf im Jahre 1921 abgeschlossen wurden, mit Ausnahme desjenigen der wöchentlichen Ruhezeit in der Industrie und alle Empfehlungen mit Ausnahme derjenigen betreffend die wöchentliche Ruhezeit im Handel, und die Frauenarbeit in der Landwirtschaft vor und nach der Niederkunft, vom Reichsrat angenommen wurden. Die Annahme des Übereinkommens über die wöchentliche Ruhezeit im Handel ist vertagt worden, da dessen Bestimmungen eng verbunden sind mit dem Übereinkommen von Washington, die Arbeitszeit betreffend. Ferner hat Deutschland Maßnahmen ergriffen für die Ratifikation von Übereinkommen und die Anwendung von sechs Empfehlungen der Konferenz von 1921. Im Mai 1923 hat die Regierung die diesbezüglichen Beschlüsse der Konferenz dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat zur Beachtung vorgelegt, und dem Reichsrat zur Entscheidung. Die Vorschläge der Regierung gingen dem Reichstag in Form eines Gesetzesentwurfes zu, zum Zwecke der Annahme der Übereinkommen und einer Entschließung hinsichtlich der Annahme der Empfehlungen. Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat hat am 30. Juni die Vorschläge der Regierung bestätigt. Die Annahme durch den Reichsrat gibt dem Übereinkommen die gesetzliche Grundlage, vorbehaltlich der oben erwähnten Ausnahme.

Ende 1923 betrug die Zahl der ratifizierten Übereinkommen der Internationalen Arbeitskonferenz, die tatsächlich beim General-

sekretariat des Arbeiterbundes eingetragenen waren, 22. Da eine Reihe weiterer Ratifikationen nur noch ihrer offiziellen Bestätigung harren, wird die Zahl bald über 100 betragen.

Unter den mitgeteilten Ratifikationen befinden sich 13 von Polen, und zwar u. a. die Übereinkommen betreffend die Arbeitslosigkeit, das Mindestalter für die Zulassung von Kindern zur industriellen Arbeit und die Nachtarbeit der Jugendlichen. Ferner alle Übereinkommen der zweiten und dritten Tagung der Konferenz. Der polnische Senat hat die Stellungnahme des Parlaments bestätigt, und es ist zu hoffen, daß die polnische Regierung in Kürze die notwendigen Gesetze erläßt.

Aus Finnland hat die Delegation beim Arbeiterbundes das Internationale Arbeitsamt benachrichtigt, daß das finnische Gesetz betreffend die Seelente, das die finnische Gesetzgebung mit dem Übereinkommen der Konferenz von 1921 betreffend das Mindestalter der Zulassung Jugendlicher zur Arbeit als Bunker oder Heizer in Einklang bringt, vom finnischen Parlament im Laufe seiner letzten Tagung angenommen wurde, und daß dieses Gesetz wahrscheinlich im Laufe des Jahres ratifiziert wird.

Nachtritt des Vorsitzenden des IGB.

Der bisherige Vorsitzende des Internationalen Gewerkschaftsbundes, A. S. Thomas, hat infolge seiner Ernennung zum englischen Kolonialminister den Vorsitz niedergelegt.

Das Bureau und der Vorstand des IGB. werden jedenfalls Gelegenheit nehmen, in ihren nächsten Sitzungen dem Genossen Thomas für seine seit Jahren im Interesse der internationalen Gewerkschaftsbewegung geleistete Arbeit ihren Dank auszusprechen.

Weitere Abnahme der Arbeitslosigkeit.

Das Bundesarbeitsamt Berlin teilt mit:

Die langsame Besserung der Arbeitsmarktlage schreitet weiter fort. In einigen Berufsgruppen macht sich namentlich an qualifizierten Kräften ein Mangel bemerkbar. Die Zahl der Arbeitslosen und Unterstützungsempfänger hat gegenüber der Vorwoche eine merkliche Abnahme erfahren. Es waren 278 082 Personen bei den Arbeitsnachweisen eingetragen gegen 289 033 der Vorwoche. Darunter befanden sich 201 443 (206 962) männliche und 76 639 (82 071) weibliche Personen. Davon entfielen auf Angehörige und Hausarbeiter 211 724 (220 761) Personen. Unterstützung bezogen 100 886 (108 237) männliche und 49 574 (55 982) weibliche, insgesamt 210 460 (223 528) Personen. Die Zahl der an gemeinnützigen Arbeiten Ueberwiesenen betrug 8717 gegenüber 10 066 der Vorwoche.

Aus der Uebersicht der einzelnen Gewerbe geht hervor, daß alle, die Landwirtschaft einbezogen, an der Bewegung beteiligt sind. Eine Ausnahme hiervon macht nur das Baugewerbe und die Industrie der Steine und Erden, die durch die Wohnungspolitik der Reichsregierung erdrückt werden.

Die Buchhändler auf dem Kriegspfad.

Für das Buchhandelsgewerbe hat der Demobilisierungskommissar unterm 18. Januar 1924 den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses für den Monat Dezember für verbindlich erklärt. Der Arbeitgeberverband hat in einer Sitzung am 24. Januar beschlossen, diese Verbindlichkeitsklärung nicht anzuerkennen und seine Mitglieder aufgefordert, diesen Spruch nicht zu erfüllen.

Die Angestellten des Buchhandels nahmen, soweit sie im Zentralverband der Angestellten organisiert sind, in einer gut besuchten Mitgliederversammlung zu der Situation Stellung und beschlossen, soweit die Arbeitgeber auf Verhandlungen der Betriebsvertretungen hin die im Schiedsspruch festgelegten Sätze nicht zahlen, die Gehälter allgemein einzuzahlen.

Bezüglich der Arbeitszeit hat der Arbeitgeberverband seinen Mitgliedern mitgeteilt, daß infolge seiner Kündigung des Paragraphen des Rahmentarifs über die Arbeitszeit ein tarifloser Zustand behände und demzufolge die Firmen von sich aus die Arbeitszeit verlängern könnten! Nach § 8 der Verordnung ist diese Verlängerung nur zulässig mit Genehmigung der Gewerbeaufsichtsämter, wenn die in § 8 vorgesehene Voraussetzungen gegeben sind.

Abwehrkampf der Gummiarbeiter.

Obwohl in der Unternehmerpresse („Gummi-Zeitung“) zugegeben wird, daß die Friedensleistung trotz der achtstündigen Arbeitsleistung überschritten ist, ferner, daß für den ununterbrochenen Betrieb, der für die Gummiindustrie allerdings nur zeitweise in Saisonbetrieben oder bei Hochkonjunktur Platz greifen wird, die Achtstundenschicht allein eine reiblose Ausnutzung der vorhandenen Betriebsmittel gestattet, soll auch hier die Arbeitszeit verlängert werden. Mit dieser Situation befaßten sich die im Fabrikarbeiterverband organisierten technischen Gummiarbeiter in ihrer Branchensammlung am Montag.

Der Gruppenleiter Krüger gab zunächst den Jahresbericht der Branchensammlung. Mit dem 13. November trat der sogenannte Goldlohn in Höhe von 45 Pf. ein. Dieser Schiedsspruch vom 2. Februar wurde dieser Lohn für den Betriebsarbeiter bestätigt und die Arbeitsleistung der Facharbeiter mit 5 Proz. mehr bemerkt. Die Uebers-

grenze wurde von 19 auf 21 Jahre erhöht. Dieser Tarif gilt bis 12. Februar.

Wie überall, kündigten die Unternehmer auch hier den Reichsmanteltarif um eine längere Arbeitszeit festzusetzen. Die Betriebsleitungen wollen das Recht haben, die tägliche regelmäßige Arbeitszeit bis zu zwei Stunden, also auf 10 Stunden zu verlängern; abgesehen von den sonstigen Tarifschöpfungsvorhaben.

Die ruhige und sachliche Diskussion bewegte sich im Sinne des Referenten, daß der Abwehrkampf gegen das Unternehmertum nur in geschlossener Front erfolgreich sein kann. Es kam der Wille zum Ausdruck, die gute Organisation der technischen Summarbeiter weiterhin zu festigen und auszubauen.

Die Neuwahl der Gruppenleitung ergab die einmütige Wiederwahl des Genossen Krüger. Zu seiner Unterstützung wurden noch 5 Kollegen aus den Betrieben in die Branchensammlung gewählt, die meist zur Amsterdamer Richtung stehen.

Wie die Arbeitszeitverordnung wirkt.

Der Dispreussische Arbeitgeberverband für Handel, Industrie und Gewerbe hatte auf Grund der Arbeitszeitverordnung sämtliche Tarifverträge für den 2. Februar gekündigt und von den Gewerkschaften die Ausdehnung der Arbeitszeit von acht auf zehn Stunden gefordert. Die Verhandlungen blieben ergebnislos. Infolge eines am 17. Dezember 1923 gefassten Beschlusses ist, wie der Arbeitgeberverband mitteilt, für gestern abend die Kusperrung ausgedroht worden.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Ration-Brauchel. Der Betrieb Paulin, Rinner, Chausseest. 42, ist wegen Lohnhöherungen gesperrt. Vor Arbeitsaufnahme wird gewarnt. Die Ortsverwaltung.

Die Reamzentrale der DDD. (Sekretär Hermann Böger) hat ihr Bureau nach Berlin SW. 66, Lindenstr. 3, erster Hof rechts, 4 Tr. (Parkierhaus) verlegt. Fernruf: Amt Dönhoff 748741.
 DDD. Buchbinder, Bezirk 3, Aufkommantur moogen (Donnerstag) 8 Uhr, Dammstr. 180 (Linn), Dammstr. 180.
 Achtung, DDD. Arbeiter und Angehörige der Kaufmannschaft Berlin u. U. Freitag 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24-25 (Böcker-Gebäude), wöchentliche Versammlung aller DDD.-Arbeiter und Angehörigen der Kaufmannschaft. Tagesordnung: 1. Vortrag: 2. Stellungnahme zur Betriebsratswahl. 3. Stellungnahme zur Wahl der Delegierten zur Generalversammlung der Kaufmannschaft. 4. Bericht über den Verkauf der DDD. 5. Sonstiges. 6. Beschlüsse der letzten Sitzung. 7. Bericht über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband. 8. Sonstiges. 9. Beschlüsse der letzten Sitzung. 10. Sonstiges. 11. Beschlüsse der letzten Sitzung. 12. Beschlüsse der letzten Sitzung. 13. Beschlüsse der letzten Sitzung. 14. Beschlüsse der letzten Sitzung. 15. Beschlüsse der letzten Sitzung. 16. Beschlüsse der letzten Sitzung. 17. Beschlüsse der letzten Sitzung. 18. Beschlüsse der letzten Sitzung. 19. Beschlüsse der letzten Sitzung. 20. Beschlüsse der letzten Sitzung. 21. Beschlüsse der letzten Sitzung. 22. Beschlüsse der letzten Sitzung. 23. Beschlüsse der letzten Sitzung. 24. Beschlüsse der letzten Sitzung. 25. Beschlüsse der letzten Sitzung. 26. Beschlüsse der letzten Sitzung. 27. Beschlüsse der letzten Sitzung. 28. Beschlüsse der letzten Sitzung. 29. Beschlüsse der letzten Sitzung. 30. Beschlüsse der letzten Sitzung. 31. Beschlüsse der letzten Sitzung. 32. Beschlüsse der letzten Sitzung. 33. Beschlüsse der letzten Sitzung. 34. Beschlüsse der letzten Sitzung. 35. Beschlüsse der letzten Sitzung. 36. Beschlüsse der letzten Sitzung. 37. Beschlüsse der letzten Sitzung. 38. Beschlüsse der letzten Sitzung. 39. Beschlüsse der letzten Sitzung. 40. Beschlüsse der letzten Sitzung. 41. Beschlüsse der letzten Sitzung. 42. Beschlüsse der letzten Sitzung. 43. Beschlüsse der letzten Sitzung. 44. Beschlüsse der letzten Sitzung. 45. Beschlüsse der letzten Sitzung. 46. Beschlüsse der letzten Sitzung. 47. Beschlüsse der letzten Sitzung. 48. Beschlüsse der letzten Sitzung. 49. Beschlüsse der letzten Sitzung. 50. Beschlüsse der letzten Sitzung. 51. Beschlüsse der letzten Sitzung. 52. Beschlüsse der letzten Sitzung. 53. Beschlüsse der letzten Sitzung. 54. Beschlüsse der letzten Sitzung. 55. Beschlüsse der letzten Sitzung. 56. Beschlüsse der letzten Sitzung. 57. Beschlüsse der letzten Sitzung. 58. Beschlüsse der letzten Sitzung. 59. Beschlüsse der letzten Sitzung. 60. Beschlüsse der letzten Sitzung. 61. Beschlüsse der letzten Sitzung. 62. Beschlüsse der letzten Sitzung. 63. Beschlüsse der letzten Sitzung. 64. Beschlüsse der letzten Sitzung. 65. Beschlüsse der letzten Sitzung. 66. Beschlüsse der letzten Sitzung. 67. Beschlüsse der letzten Sitzung. 68. Beschlüsse der letzten Sitzung. 69. Beschlüsse der letzten Sitzung. 70. Beschlüsse der letzten Sitzung. 71. Beschlüsse der letzten Sitzung. 72. Beschlüsse der letzten Sitzung. 73. Beschlüsse der letzten Sitzung. 74. Beschlüsse der letzten Sitzung. 75. Beschlüsse der letzten Sitzung. 76. Beschlüsse der letzten Sitzung. 77. Beschlüsse der letzten Sitzung. 78. Beschlüsse der letzten Sitzung. 79. Beschlüsse der letzten Sitzung. 80. Beschlüsse der letzten Sitzung. 81. Beschlüsse der letzten Sitzung. 82. Beschlüsse der letzten Sitzung. 83. Beschlüsse der letzten Sitzung. 84. Beschlüsse der letzten Sitzung. 85. Beschlüsse der letzten Sitzung. 86. Beschlüsse der letzten Sitzung. 87. Beschlüsse der letzten Sitzung. 88. Beschlüsse der letzten Sitzung. 89. Beschlüsse der letzten Sitzung. 90. Beschlüsse der letzten Sitzung. 91. Beschlüsse der letzten Sitzung. 92. Beschlüsse der letzten Sitzung. 93. Beschlüsse der letzten Sitzung. 94. Beschlüsse der letzten Sitzung. 95. Beschlüsse der letzten Sitzung. 96. Beschlüsse der letzten Sitzung. 97. Beschlüsse der letzten Sitzung. 98. Beschlüsse der letzten Sitzung. 99. Beschlüsse der letzten Sitzung. 100. Beschlüsse der letzten Sitzung. 101. Beschlüsse der letzten Sitzung. 102. Beschlüsse der letzten Sitzung. 103. Beschlüsse der letzten Sitzung. 104. Beschlüsse der letzten Sitzung. 105. Beschlüsse der letzten Sitzung. 106. Beschlüsse der letzten Sitzung. 107. Beschlüsse der letzten Sitzung. 108. Beschlüsse der letzten Sitzung. 109. Beschlüsse der letzten Sitzung. 110. Beschlüsse der letzten Sitzung. 111. Beschlüsse der letzten Sitzung. 112. Beschlüsse der letzten Sitzung. 113. Beschlüsse der letzten Sitzung. 114. Beschlüsse der letzten Sitzung. 115. Beschlüsse der letzten Sitzung. 116. Beschlüsse der letzten Sitzung. 117. Beschlüsse der letzten Sitzung. 118. Beschlüsse der letzten Sitzung. 119. Beschlüsse der letzten Sitzung. 120. Beschlüsse der letzten Sitzung. 121. Beschlüsse der letzten Sitzung. 122. Beschlüsse der letzten Sitzung. 123. Beschlüsse der letzten Sitzung. 124. Beschlüsse der letzten Sitzung. 125. Beschlüsse der letzten Sitzung. 126. Beschlüsse der letzten Sitzung. 127. Beschlüsse der letzten Sitzung. 128. Beschlüsse der letzten Sitzung. 129. Beschlüsse der letzten Sitzung. 130. Beschlüsse der letzten Sitzung. 131. Beschlüsse der letzten Sitzung. 132. Beschlüsse der letzten Sitzung. 133. Beschlüsse der letzten Sitzung. 134. Beschlüsse der letzten Sitzung. 135. Beschlüsse der letzten Sitzung. 136. Beschlüsse der letzten Sitzung. 137. Beschlüsse der letzten Sitzung. 138. Beschlüsse der letzten Sitzung. 139. Beschlüsse der letzten Sitzung. 140. Beschlüsse der letzten Sitzung. 141. Beschlüsse der letzten Sitzung. 142. Beschlüsse der letzten Sitzung. 143. Beschlüsse der letzten Sitzung. 144. Beschlüsse der letzten Sitzung. 145. Beschlüsse der letzten Sitzung. 146. Beschlüsse der letzten Sitzung. 147. Beschlüsse der letzten Sitzung. 148. Beschlüsse der letzten Sitzung. 149. Beschlüsse der letzten Sitzung. 150. Beschlüsse der letzten Sitzung. 151. Beschlüsse der letzten Sitzung. 152. Beschlüsse der letzten Sitzung. 153. Beschlüsse der letzten Sitzung. 154. Beschlüsse der letzten Sitzung. 155. Beschlüsse der letzten Sitzung. 156. Beschlüsse der letzten Sitzung. 157. Beschlüsse der letzten Sitzung. 158. Beschlüsse der letzten Sitzung. 159. Beschlüsse der letzten Sitzung. 160. Beschlüsse der letzten Sitzung. 161. Beschlüsse der letzten Sitzung. 162. Beschlüsse der letzten Sitzung. 163. Beschlüsse der letzten Sitzung. 164. Beschlüsse der letzten Sitzung. 165. Beschlüsse der letzten Sitzung. 166. Beschlüsse der letzten Sitzung. 167. Beschlüsse der letzten Sitzung. 168. Beschlüsse der letzten Sitzung. 169. Beschlüsse der letzten Sitzung. 170. Beschlüsse der letzten Sitzung. 171. Beschlüsse der letzten Sitzung. 172. Beschlüsse der letzten Sitzung. 173. Beschlüsse der letzten Sitzung. 174. Beschlüsse der letzten Sitzung. 175. Beschlüsse der letzten Sitzung. 176. Beschlüsse der letzten Sitzung. 177. Beschlüsse der letzten Sitzung. 178. Beschlüsse der letzten Sitzung. 179. Beschlüsse der letzten Sitzung. 180. Beschlüsse der letzten Sitzung. 181. Beschlüsse der letzten Sitzung. 182. Beschlüsse der letzten Sitzung. 183. Beschlüsse der letzten Sitzung. 184. Beschlüsse der letzten Sitzung. 185. Beschlüsse der letzten Sitzung. 186. Beschlüsse der letzten Sitzung. 187. Beschlüsse der letzten Sitzung. 188. Beschlüsse der letzten Sitzung. 189. Beschlüsse der letzten Sitzung. 190. Beschlüsse der letzten Sitzung. 191. Beschlüsse der letzten Sitzung. 192. Beschlüsse der letzten Sitzung. 193. Beschlüsse der letzten Sitzung. 194. Beschlüsse der letzten Sitzung. 195. Beschlüsse der letzten Sitzung. 196. Beschlüsse der letzten Sitzung. 197. Beschlüsse der letzten Sitzung. 198. Beschlüsse der letzten Sitzung. 199. Beschlüsse der letzten Sitzung. 200. Beschlüsse der letzten Sitzung. 201. Beschlüsse der letzten Sitzung. 202. Beschlüsse der letzten Sitzung. 203. Beschlüsse der letzten Sitzung. 204. Beschlüsse der letzten Sitzung. 205. Beschlüsse der letzten Sitzung. 206. Beschlüsse der letzten Sitzung. 207. Beschlüsse der letzten Sitzung. 208. Beschlüsse der letzten Sitzung. 209. Beschlüsse der letzten Sitzung. 210. Beschlüsse der letzten Sitzung. 211. Beschlüsse der letzten Sitzung. 212. Beschlüsse der letzten Sitzung. 213. Beschlüsse der letzten Sitzung. 214. Beschlüsse der letzten Sitzung. 215. Beschlüsse der letzten Sitzung. 216. Beschlüsse der letzten Sitzung. 217. Beschlüsse der letzten Sitzung. 218. Beschlüsse der letzten Sitzung. 219. Beschlüsse der letzten Sitzung. 220. Beschlüsse der letzten Sitzung. 221. Beschlüsse der letzten Sitzung. 222. Beschlüsse der letzten Sitzung. 223. Beschlüsse der letzten Sitzung. 224. Beschlüsse der letzten Sitzung. 225. Beschlüsse der letzten Sitzung. 226. Beschlüsse der letzten Sitzung. 227. Beschlüsse der letzten Sitzung. 228. Beschlüsse der letzten Sitzung. 229. Beschlüsse der letzten Sitzung. 230. Beschlüsse der letzten Sitzung. 231. Beschlüsse der letzten Sitzung. 232. Beschlüsse der letzten Sitzung. 233. Beschlüsse der letzten Sitzung. 234. Beschlüsse der letzten Sitzung. 235. Beschlüsse der letzten Sitzung. 236. Beschlüsse der letzten Sitzung. 237. Beschlüsse der letzten Sitzung. 238. Beschlüsse der letzten Sitzung. 239. Beschlüsse der letzten Sitzung. 240. Beschlüsse der letzten Sitzung. 241. Beschlüsse der letzten Sitzung. 242. Beschlüsse der letzten Sitzung. 243. Beschlüsse der letzten Sitzung. 244. Beschlüsse der letzten Sitzung. 245. Beschlüsse der letzten Sitzung. 246. Beschlüsse der letzten Sitzung. 247. Beschlüsse der letzten Sitzung. 248. Beschlüsse der letzten Sitzung. 249. Beschlüsse der letzten Sitzung. 250. Beschlüsse der letzten Sitzung. 251. Beschlüsse der letzten Sitzung. 252. Beschlüsse der letzten Sitzung. 253. Beschlüsse der letzten Sitzung. 254. Beschlüsse der letzten Sitzung. 255. Beschlüsse der letzten Sitzung. 256. Beschlüsse der letzten Sitzung. 257. Beschlüsse der letzten Sitzung. 258. Beschlüsse der letzten Sitzung. 259. Beschlüsse der letzten Sitzung. 260. Beschlüsse der letzten Sitzung. 261. Beschlüsse der letzten Sitzung. 262. Beschlüsse der letzten Sitzung. 263. Beschlüsse der letzten Sitzung. 264. Beschlüsse der letzten Sitzung. 265. Beschlüsse der letzten Sitzung. 266. Beschlüsse der letzten Sitzung. 267. Beschlüsse der letzten Sitzung. 268. Beschlüsse der letzten Sitzung. 269. Beschlüsse der letzten Sitzung. 270. Beschlüsse der letzten Sitzung. 271. Beschlüsse der letzten Sitzung. 272. Beschlüsse der letzten Sitzung. 273. Beschlüsse der letzten Sitzung. 274. Beschlüsse der letzten Sitzung. 275. Beschlüsse der letzten Sitzung. 276. Beschlüsse der letzten Sitzung. 277. Beschlüsse der letzten Sitzung. 278. Beschlüsse der letzten Sitzung. 279. Beschlüsse der letzten Sitzung. 280. Beschlüsse der letzten Sitzung. 281. Beschlüsse der letzten Sitzung. 282. Beschlüsse der letzten Sitzung. 283. Beschlüsse der letzten Sitzung. 284. Beschlüsse der letzten Sitzung. 285. Beschlüsse der letzten Sitzung. 286. Beschlüsse der letzten Sitzung. 287. Beschlüsse der letzten Sitzung. 288. Beschlüsse der letzten Sitzung. 289. Beschlüsse der letzten Sitzung. 290. Beschlüsse der letzten Sitzung. 291. Beschlüsse der letzten Sitzung. 292. Beschlüsse der letzten Sitzung. 293. Beschlüsse der letzten Sitzung. 294. Beschlüsse der letzten Sitzung. 295. Beschlüsse der letzten Sitzung. 296. Beschlüsse der letzten Sitzung. 297. Beschlüsse der letzten Sitzung. 298. Beschlüsse der letzten Sitzung. 299. Beschlüsse der letzten Sitzung. 300. Beschlüsse der letzten Sitzung. 301. Beschlüsse der letzten Sitzung. 302. Beschlüsse der letzten Sitzung. 303. Beschlüsse der letzten Sitzung. 304. Beschlüsse der letzten Sitzung. 305. Beschlüsse der letzten Sitzung. 306. Beschlüsse der letzten Sitzung. 307. Beschlüsse der letzten Sitzung. 308. Beschlüsse der letzten Sitzung. 309. Beschlüsse der letzten Sitzung. 310. Beschlüsse der letzten Sitzung. 311. Beschlüsse der letzten Sitzung. 312. Beschlüsse der letzten Sitzung. 313. Beschlüsse der letzten Sitzung. 314. Beschlüsse der letzten Sitzung. 315. Beschlüsse der letzten Sitzung. 316. Beschlüsse der letzten Sitzung. 317. Beschlüsse der letzten Sitzung. 318. Beschlüsse der letzten Sitzung. 319. Beschlüsse der letzten Sitzung. 320. Beschlüsse der letzten Sitzung. 321. Beschlüsse der letzten Sitzung. 322. Beschlüsse der letzten Sitzung. 323. Beschlüsse der letzten Sitzung. 324. Beschlüsse der letzten Sitzung. 325. Beschlüsse der letzten Sitzung. 326. Beschlüsse der letzten Sitzung. 327. Beschlüsse der letzten Sitzung. 328. Beschlüsse der letzten Sitzung. 329. Beschlüsse der letzten Sitzung. 330. Beschlüsse der letzten Sitzung. 331. Beschlüsse der letzten Sitzung. 332. Beschlüsse der letzten Sitzung. 333. Beschlüsse der letzten Sitzung. 334. Beschlüsse der letzten Sitzung. 335. Beschlüsse der letzten Sitzung. 336. Beschlüsse der letzten Sitzung. 337. Beschlüsse der letzten Sitzung. 338. Beschlüsse der letzten Sitzung. 339. Beschlüsse der letzten Sitzung. 340. Beschlüsse der letzten Sitzung. 341. Beschlüsse der letzten Sitzung. 342. Beschlüsse der letzten Sitzung. 343. Beschlüsse der letzten Sitzung. 344. Beschlüsse der letzten Sitzung. 345. Beschlüsse der letzten Sitzung. 346. Beschlüsse der letzten Sitzung. 347. Beschlüsse der letzten Sitzung. 348. Beschlüsse der letzten Sitzung. 349. Beschlüsse der letzten Sitzung. 350. Beschlüsse der letzten Sitzung. 351. Beschlüsse der letzten Sitzung. 352. Beschlüsse der letzten Sitzung. 353. Beschlüsse der letzten Sitzung. 354. Beschlüsse der letzten Sitzung. 355. Beschlüsse der letzten Sitzung. 356. Beschlüsse der letzten Sitzung. 357. Beschlüsse der letzten Sitzung. 358. Beschlüsse der letzten Sitzung. 359. Beschlüsse der letzten Sitzung. 360. Beschlüsse der letzten Sitzung. 361. Beschlüsse der letzten Sitzung. 362. Beschlüsse der letzten Sitzung. 363. Beschlüsse der letzten Sitzung. 364. Beschlüsse der letzten Sitzung. 365. Beschlüsse der letzten Sitzung. 366. Beschlüsse der letzten Sitzung. 367. Beschlüsse der letzten Sitzung. 368. Beschlüsse der letzten Sitzung. 369. Beschlüsse der letzten Sitzung. 370. Beschlüsse der letzten Sitzung. 371. Beschlüsse der letzten Sitzung. 372. Beschlüsse der letzten Sitzung. 373. Beschlüsse der letzten Sitzung. 374. Beschlüsse der letzten Sitzung. 375. Beschlüsse der letzten Sitzung. 376. Beschlüsse der letzten Sitzung. 377. Beschlüsse der letzten Sitzung. 378. Beschlüsse der letzten Sitzung. 379. Beschlüsse der letzten Sitzung. 380. Beschlüsse der letzten Sitzung. 381. Beschlüsse der letzten Sitzung. 382. Beschlüsse der letzten Sitzung. 383. Beschlüsse der letzten Sitzung. 384. Beschlüsse der letzten Sitzung. 385. Beschlüsse der letzten Sitzung. 386. Beschlüsse der letzten Sitzung. 387. Beschlüsse der letzten Sitzung. 388. Beschlüsse der letzten Sitzung. 389. Beschlüsse der letzten Sitzung. 390. Beschlüsse der letzten Sitzung. 391. Beschlüsse der letzten Sitzung. 392. Beschlüsse der letzten Sitzung. 393. Beschlüsse der letzten Sitzung. 394. Beschlüsse der letzten Sitzung. 395. Beschlüsse der letzten Sitzung. 396. Beschlüsse der letzten Sitzung. 397. Beschlüsse der letzten Sitzung. 398. Beschlüsse der letzten Sitzung. 399. Beschlüsse der letzten Sitzung. 400. Beschlüsse der letzten Sitzung. 401. Beschlüsse der letzten Sitzung. 402. Beschlüsse der letzten Sitzung. 403. Beschlüsse der letzten Sitzung. 404. Beschlüsse der letzten Sitzung. 405. Beschlüsse der letzten Sitzung. 406. Beschlüsse der letzten Sitzung. 407. Beschlüsse der letzten Sitzung. 408. Beschlüsse der letzten Sitzung. 409. Beschlüsse der letzten Sitzung. 410. Beschlüsse der letzten Sitzung. 411. Beschlüsse der letzten Sitzung. 412. Beschlüsse der letzten Sitzung. 413. Beschlüsse der letzten Sitzung. 414. Beschlüsse der letzten Sitzung. 415. Beschlüsse der letzten Sitzung. 416. Beschlüsse der letzten Sitzung. 417. Beschlüsse der letzten Sitzung. 418. Beschlüsse der letzten Sitzung. 419. Beschlüsse der letzten Sitzung. 420. Beschlüsse der letzten Sitzung. 421. Beschlüsse der letzten Sitzung. 422. Beschlüsse der letzten Sitzung. 423. Beschlüsse der letzten Sitzung. 424. Beschlüsse der letzten Sitzung. 425. Beschlüsse der letzten Sitzung. 426. Beschlüsse der letzten Sitzung. 427. Beschlüsse der letzten Sitzung. 428. Beschlüsse der letzten Sitzung. 429. Beschlüsse der letzten Sitzung. 430. Beschlüsse der letzten Sitzung. 431. Beschlüsse der letzten Sitzung. 432. Beschlüsse der letzten Sitzung. 433. Beschlüsse der letzten Sitzung. 434. Beschlüsse der letzten Sitzung. 435. Beschlüsse der letzten Sitzung. 436. Beschlüsse der letzten Sitzung. 437. Beschlüsse der letzten Sitzung. 438. Beschlüsse der letzten Sitzung. 439. Beschlüsse der letzten Sitzung. 440. Beschlüsse der letzten Sitzung. 441. Beschlüsse der letzten Sitzung. 442. Beschlüsse der letzten Sitzung. 443. Beschlüsse der letzten Sitzung. 444. Beschlüsse der letzten Sitzung. 445. Beschlüsse der letzten Sitzung. 446. Beschlüsse der letzten Sitzung. 447. Beschlüsse der letzten Sitzung. 448. Beschlüsse der letzten Sitzung. 449. Beschlüsse der letzten Sitzung. 450. Beschlüsse der letzten Sitzung. 451. Beschlüsse der letzten Sitzung. 452. Beschlüsse der letzten Sitzung. 453. Beschlüsse der letzten Sitzung. 454. Beschlüsse der letzten Sitzung. 455. Beschlüsse der letzten Sitzung. 456. Beschlüsse der letzten Sitzung. 457. Beschlüsse der letzten Sitzung. 458. Beschlüsse der letzten Sitzung. 459. Beschlüsse der letzten Sitzung. 460. Beschlüsse der letzten Sitzung. 461. Beschlüsse der letzten Sitzung. 462. Beschlüsse der letzten Sitzung. 463. Beschlüsse der letzten Sitzung. 464. Beschlüsse der letzten Sitzung. 465. Beschlüsse der letzten Sitzung. 466. Beschlüsse der letzten Sitzung. 467. Beschlüsse der letzten Sitzung. 468. Beschlüsse der letzten Sitzung. 469. Beschlüsse der letzten Sitzung. 470. Beschlüsse der letzten Sitzung. 471. Beschlüsse der letzten Sitzung. 472. Beschlüsse der letzten Sitzung. 473. Beschlüsse der letzten Sitzung. 474. Beschlüsse der letzten Sitzung. 475. Beschlüsse der letzten Sitzung. 476. Beschlüsse der letzten Sitzung. 477. Beschlüsse der letzten Sitzung. 478. Beschlüsse der letzten Sitzung. 479. Beschlüsse der letzten Sitzung. 480. Beschlüsse der letzten Sitzung. 481. Beschlüsse der letzten Sitzung. 482. Beschlüsse der letzten Sitzung. 483. Beschlüsse der letzten Sitzung. 484. Beschlüsse der letzten Sitzung. 485. Beschlüsse der letzten Sitzung. 486. Beschlüsse der letzten Sitzung. 487. Beschlüsse der letzten Sitzung. 488. Beschlüsse der letzten Sitzung. 489. Beschlüsse der letzten Sitzung. 490. Beschlüsse der letzten Sitzung. 491. Beschlüsse der letzten Sitzung. 492. Beschlüsse der letzten Sitzung. 493. Beschlüsse der letzten Sitzung. 494. Beschlüsse der letzten Sitzung. 495. Beschlüsse der letzten Sitzung. 496. Beschlüsse der letzten Sitzung. 497. Beschlüsse der letzten Sitzung. 498. Beschlüsse der letzten Sitzung. 499. Beschlüsse der letzten Sitzung. 500. Beschlüsse der letzten Sitzung. 501. Beschlüsse der letzten Sitzung. 502. Beschlüsse der letzten Sitzung. 503. Beschlüsse der letzten Sitzung. 504. Beschlüsse der letzten Sitzung. 505. Beschlüsse der letzten Sitzung. 506. Beschlüsse der letzten Sitzung. 507. Beschlüsse der letzten Sitzung. 508. Beschlüsse der letzten Sitzung. 509. Beschlüsse der letzten Sitzung. 510. Beschlüsse der letzten Sitzung. 511. Beschlüsse der letzten Sitzung. 512. Beschlüsse der letzten Sitzung. 513. Beschlüsse der letzten Sitzung. 514. Beschlüsse der letzten Sitzung. 515. Beschlüsse der letzten Sitzung. 516. Beschlüsse der letzten Sitzung. 517. Beschlüsse der letzten Sitzung. 518. Beschlüsse der letzten Sitzung. 519. Beschlüsse der letzten Sitzung. 520. Beschlüsse der letzten Sitzung. 521. Beschlüsse der letzten Sitzung. 522. Beschlüsse der letzten Sitzung. 523. Beschlüsse der letzten Sitzung. 524. Beschlüsse der letzten Sitzung. 525. Beschlüsse der letzten Sitzung. 526. Beschlüsse der letzten Sitzung. 527. Beschlüsse der letzten Sitzung. 528. Beschlüsse der letzten Sitzung. 529. Beschlüsse der letzten Sitzung. 530. Beschlüsse der letzten Sitzung. 531. Beschlüsse der letzten Sitzung. 532. Beschlüsse der letzten Sitzung. 533. Beschlüsse der letzten Sitzung. 534. Beschlüsse der letzten Sitzung. 535. Beschlüsse der letzten Sitzung. 536. Beschlüsse der letzten Sitzung. 537. Beschlüsse der letzten Sitzung. 538. Beschlüsse der letzten Sitzung. 539. Beschlüsse der letzten Sitzung. 540. Beschlüsse der letzten Sitzung. 541. Beschlüsse der letzten Sitzung. 542. Beschlüsse der letzten Sitzung. 543. Beschlüsse der letzten Sitzung. 544. Beschlüsse der letzten Sitzung. 545. Beschlüsse der letzten Sitzung. 546. Beschlüsse der letzten Sitzung. 547. Beschlüsse der letzten Sitzung. 548. Beschlüsse der letzten Sitzung. 549. Beschlüsse der letzten Sitzung. 550. Beschlüsse der letzten Sitzung. 551. Beschlüsse der letzten Sitzung. 552. Beschlüsse der letzten Sitzung. 553. Beschlüsse der letzten Sitzung. 554. Beschlüsse der letzten Sitzung. 555. Beschlüsse der letzten Sitzung. 556. Beschlüsse der letzten Sitzung. 557. Beschlüsse der letzten Sitzung. 558. Beschlüsse der letzten Sitzung. 559. Beschlüsse der letzten Sitzung. 560. Beschlüsse der letzten Sitzung. 561. Beschlüsse der letzten Sitzung. 562. Beschlüsse der letzten Sitzung. 563. Beschlüsse der letzten Sitzung. 564. Beschlüsse der letzten Sitzung. 565. Beschlüsse der letzten Sitzung. 566. Beschlüsse der letzten Sitzung. 567. Beschlüsse der letzten Sitzung. 568. Beschlüsse der letzten Sitzung. 569. Beschlüsse der letzten Sitzung. 570. Beschlüsse der letzten Sitzung. 571. Beschlüsse der letzten Sitzung. 572. Beschlüsse der letzten Sitzung. 573. Beschlüsse der letzten Sitzung. 574. Beschlüsse der letzten Sitzung. 575. Beschlüsse der letzten Sitzung. 576. Beschlüsse der letzten Sitzung. 577. Beschlüsse der letzten Sitzung. 578. Beschlüsse der letzten Sitzung. 579. Beschlüsse der letzten Sitzung. 580. Beschlüsse der letzten Sitzung. 581. Beschlüsse der letzten Sitzung. 582. Beschlüsse der letzten Sitzung. 583. Beschlüsse der letzten Sitzung. 584. Beschlüsse der letzten Sitzung. 585. Beschlüsse der letzten Sitzung. 586. Beschlüsse der letzten Sitzung. 587. Beschlüsse der letzten Sitzung. 588. Beschlüsse der letzten Sitzung. 589. Beschlüsse der letzten Sitzung. 590. Beschlüsse der letzten Sitzung. 591. Beschlüsse der letzten Sitzung. 592. Beschlüsse der letzten Sitzung. 593. Beschlüsse der letzten Sitzung. 594. Beschlüsse der letzten Sitzung. 595. Beschlüsse der letzten Sitzung. 596. Beschlüsse der letzten Sitzung. 597. Beschlüsse der letzten Sitzung. 598. Beschlüsse der letzten Sitzung. 599. Beschlüsse der letzten Sitzung. 600. Beschlüsse der letzten Sitzung. 601. Beschlüsse der letzten Sitzung. 602. Beschlüsse der letzten Sitzung. 603. Beschlüsse der letzten Sitzung. 604. Beschlüsse der letzten Sitzung. 605. Beschlüsse der letzten Sitzung. 606. Beschlüsse der letzten Sitzung. 607. Beschlüsse der letzten Sitzung. 608. Beschlüsse der letzten Sitzung. 609. Beschlüsse der letzten Sitzung. 610. Beschlüsse der letzten Sitzung. 611. Beschlüsse der letzten Sitzung. 612. Beschlüsse der letzten Sitzung. 613. Beschlüsse der letzten Sitzung. 614. Beschlüsse der letzten Sitzung. 615. Beschlüsse der letzten Sitzung. 616. Beschlüsse der letzten Sitzung. 617. Beschlüsse der letzten Sitzung. 618. Beschlüsse der letzten Sitzung. 619. Beschlüsse der letzten Sitzung. 620. Beschlüsse der letzten Sitzung. 621. Beschlüsse der letzten Sitzung. 622. Beschlüsse der letzten Sitzung. 623. Beschlüsse der letzten Sitzung. 624. Beschlüsse der letzten Sitzung. 625. Beschlüsse der letzten Sitzung. 626. Beschlüsse der letzten Sitzung. 627. Beschlüsse der letzten Sitzung. 628. Beschlüsse der letzten Sitzung. 629. Beschlüsse der letzten Sitzung. 630. Beschlüsse der letzten Sitzung. 631. Beschlüsse der letzten Sitzung. 632. Beschlüsse der letzten Sitzung. 633. Beschlüsse der letzten Sitzung. 634. Beschlüsse der letzten Sitzung. 635. Beschlüsse der letzten Sitzung. 636. Beschlüsse der letzten Sitzung. 637. Beschlüsse der letzten Sitzung. 638. Beschlüsse der letzten Sitzung. 639. Beschlüsse der letzten Sitzung. 640. Beschlüsse der letzten Sitzung. 641. Beschlüsse der letzten Sitzung. 642. Beschlüsse der letzten Sitzung. 643. Beschlüsse der letzten Sitzung. 644. Beschlüsse der letzten Sitzung. 645. Beschlüsse der letzten Sitzung. 646. Beschlüsse der letzten Sitzung. 647. Beschlüsse der letzten Sitzung. 648. Beschlüsse der letzten Sitzung. 649. Beschlüsse der letzten Sitzung. 650. Beschlüsse der letzten Sitzung. 651. Beschlüsse der letzten Sitzung. 652. Beschlüsse der letzten Sitzung. 653. Beschlüsse der letzten Sitzung. 654. Beschlüsse der letzten Sitzung. 655. Beschlüsse der letzten Sitzung. 656. Beschlüsse der letzten Sitzung. 657. Beschlüsse der letzten Sitzung. 658. Beschlüsse der letzten Sitzung. 659. Beschlüsse der letzten Sitzung. 660. Beschlüsse der letzten Sitzung. 661. Beschlüsse der letzten Sitzung. 662. Beschlüsse der letzten Sitzung. 663. Beschlüsse der letzten Sitzung. 664. Beschlüsse der letzten Sitzung. 665. Beschlüsse der letzten Sitzung. 666. Beschlüsse der letzten Sitzung. 667. Beschlüsse der letzten Sitzung. 668. Beschlüsse der letzten Sitzung. 669. Beschlüsse der letzten Sitzung. 670. Beschlüsse der letzten Sitzung. 671. Beschlüsse der letzten Sitzung. 672. Beschlüsse der letzten Sitzung. 673. Beschlüsse der letzten Sitzung. 674. Beschlüsse der letzten Sitzung. 675. Beschlüsse der letzten Sitzung. 676. Beschlüsse der letzten Sitzung. 677. Beschlüsse der letzten Sitzung. 678. Beschlüsse der letzten Sitzung. 679. Beschlüsse der letzten Sitzung. 680. Beschlüsse der letzten Sitzung. 681. Beschlüsse der letzten Sitzung. 682. Beschlüsse der letzten Sitzung. 683. Beschlüsse der letzten Sitzung. 684. Beschlüsse der letzten Sitzung. 685.

Schafft Heime für die Jugend.

Die Not der Gegenwart durchdringt alle Schranken. Der wirtschaftliche Niedergang der heutigen Gesellschaft ergreift die Funktionen des gesellschaftlichen Lebens und zerschlägt die Ansätze zur besseren Gestaltung der Dinge. Besonders stark wird von diesem Niedergang in jeder Form die Jugend betroffen. Wirtschaftlich wird sie vor allem und zuerst von der Arbeitslosigkeit erfasst, kulturell ihr zuerst die Möglichkeit genommen, durch eifrige Arbeit an sich selbst einen geistigen Aufschwung dieser Generation herbeizuführen, da im Falle einer Wirtschaft- und Finanzkrise den kulturellen Bestrebungen zuerst die Mittel entzogen werden.

Die leidige Raumfrage.

Die Revolution hatte in der Frage der vorbedingenden Jugendfürsorge alle Institutionen und Körperschaften öffentlichen und privaten Charakters vor gewaltigen Aufgaben gestellt. Ziel ist in diesen fünf Jahren bereits erreicht, aber mit der Arbeit wuchs das Aufgabengebiet. Ein besonderes Problem war von jeher in der Jugendbewegung die Raumfrage, deren günstige Lösung schließlich Voraussetzung jeder fruchtbringenden Arbeit überhaupt sein mußte. Den besitzenden Schichten und ihren Organen war es schon vor dem Kriege verhältnismäßig leicht, dieser Frage alles Unangenehme zu nehmen, denn Mittel wurden zur Genüge zur Verfügung gestellt. Aber auch die Arbeiterbewegung wandte beizeiten diesem Problem ihre Aufmerksamkeit zu. Hart ward hier gerungen, und ein besonderer Sieg war es für unsere Jugend und ihre Helfer in den Gewerkschaften, wenn wieder einmal ein neues Jugendheim der Öffentlichkeit übergeben werden konnte und somit eine Jugendgruppe der veränderten Wohnverhältnisse entzogen wurde. Und dennoch, wie viele unserer Gruppen waren noch in der Vorkriegszeit — und sind es vielleicht zum Teil heute noch — gezwungen, sich für ihre Zusammenkünfte mit einem Wohnzimmer zu begnügen. Nach dem 9. November aber ward von Seiten der Kommunen endlich unter dem Einfluß unserer Genossen Hand angelegt und die Möglichkeit geschaffen, um den Jugendverbänden genügend günstige Unterkunftsräume für ihre Heimabende zur Verfügung zu stellen. Dennoch manchest es auch heute noch an manchem. Die Wirtschaftskrise des letzten Halbjahrs 1923 hat manches begonnene Werk unvollendet gelassen, hat vor allem den Kommunen die Möglichkeit genommen, auch fernerhin wahre Heime für die Jugend zu schaffen, da die hierfür nötigen Mittel einfach aus Grund der finanziellen Lage der Gemeinden nicht mehr bereitgestellt werden konnten. Zwar sind wir der Ansicht, daß es trotzdem gilt, der jugendpädagogischen Arbeit alle Wege zu öffnen; daß es gilt, für diese Arbeit alle Schranken zu öffnen, um auch die nötigen Mittel zu beschaffen; daß die heutige Klassenpolitik hat noch nicht erkannt, daß ihre wichtigste Funktion auf dem Gebiete der Jugendfürsorge und der Jugendberichterstattung liegt, und so sind wir gezwungen, selbst anzupacken und die Voraussetzungen zu schaffen, die allein für den Vortrieb guter Jugendarbeit geeignet sind.

Gemeindefreie Schulzimmer.

Woh! man mag noch festzustellen versuchen, daß der Jugend auch jetzt noch durch die Vergebung von Schulräumen die Möglichkeit gegeben ist, ihre Zusammenkünfte in Räumen abzuhalten, deren Luft von Alkohol und Nikotin dämpfen frei bleibt. Doch zweierlei Gründe sind maßgebend, die diese Möglichkeit ganz bedeutend erschweren. Einmal ist das Kasellationsbedürfnis innerhalb der Jugend außerordentlich gewachsen, und damit sind auch die Anforderungen, die in Hinblick der Beschaffung von Räumlichkeiten gestellt werden, bedeutend gestiegen. Zum anderen aber sind die teilweise zur Verfügung gestellten Schulräume nicht so, daß sich Jugend darin heimlich halten könnte. Die engen, unfreundlichen Räume lassen keine Freundschaft wachsen. Dazu kommt oft, daß unfreundliche Rektoren und Schulhausmeister bei der Vergebung und Benutzung ihrer Räumlichkeiten der Jugend ihre Heimabende durch feindselige Schikanen verüben, so daß diese sich oft lieber außerhalb der Schule und der wenigen zur Verfügung stehenden Jugendheime eine Unterkunft sucht. Die Frage der Jugendheime ist von besonderer Bedeutung, und wir können sie hier nicht übergehen. Auch hierin ward nach der Revolution manches geschaffen. Heute hat in ganz Groß-Berlin zumal jeder Verwaltungsbezirk ein oder gar mehrere eigene Heime, die der gesamten Jugend — soweit ihre Organisation von den Jugendämtern als Jugendpflege treibende

Bereine anerkannt worden sind — zur Benutzung freistehen. Doch immer noch sind die Räumlichkeiten viel zu klein, ist die Zahl der zur Verfügung stehenden Heime viel zu gering, als daß sie allen bedürftigen Organisationen Unterstüßung gewähren könnten. Oft sind es gerade die gutgeleiteten Vereine, denen solche Heime nach Bestehen zur Verfügung stehen, während die notleidenden proletarischen Gruppen in irgendeinem unfreundlichen Schulraum haufen müssen. Das Wort: „Gleiches Recht für alle“ ist hier noch lange nicht zur Wahrheit geworden.

Unzulängliche Heime.

Besonders über aber liegen die Dinge im Arbeiterbezirk des Berliner Ostens, im Verwaltungsbezirk Friedrichshagen. Hier stehen der Jugend seitens des Bezirks keine städtischen Heime zur Verfügung. Ein Heim in der Weißbachstraße harri zwar der Fertigstellung, aber es scheinen sich derselben schier unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenzustellen. Ein anderes Heim — in der Großen Frankfurter Straße 16 gelegen — gehört nicht der Stadt Berlin, sondern ist dem halbamtlichen „Hauptauschuss für Arbeitsbeschäftigung und Jugendpflege“ unterstellt. Die Wirtschaft in diesem sonst schönen, neun Zimmer umfassenden Heim ist nicht immer die angenehmste. Wie einmal eine Feststellung ergab, entblüdete sich die „berühmte“ Bismarck-Jugend nicht, in diesem Heim die neuesten Schlager in Tanz und Gesang zu reproduzieren. Ferner ist auch festgestellt, daß hier eine Anzahl von Vereinen, Gruppen und Gruppen zur Benutzung des Heims zugelassen sind, die bisher kein Jugendamt der Stadt Berlin als Jugendpflege treibende Organisation anerkannt wurde. Und das in einem Heim, das ausschließlich gleichfalls aus öffentlichen Mitteln unterhalten wird. Zudem ist noch zu bemerken, daß von den Jugendverbänden unerwünschte Opfer verlangt werden. Die Benutzung des Saales beträgt 2,90 M., die der Zimmer 1,40 M. pro Abend. Hier einmal einzugreifen, wäre eine dankbare Aufgabe für die kommunalen Verwaltungsorgane. Im allgemeinen liegt somit gerade in den wichtigsten Bezirken die Jugendheimfrage noch sehr im Argen. Da muß die Jugend oft zur Selbsthilfe greifen, um Lokaltätigkeiten zu schaffen. Dabei ist die Notwendigkeit der Schaffung neuer Heime sehr dringend geworden. Nicht nur das Bedürfnis, daß unsere Jugend ihre abendlichen Zusammenkünfte regelmäßig abhalten vermag, um der so überaus nötigen Bildungsarbeit neue Möglichkeiten zu erschließen, verlangt auf diesem Gebiet tatkräftige Zusätze, sondern in der besonderen Zeit der Not gerade unter den jugendlichen bestehenden Arbeitslosigkeit erfordert die Schaffung von Tagesjugendheimen, damit die Jugend der Straße entzogen und ihr vielmehr auch hier noch die Möglichkeit zu irgendeiner praktischen Betätigung auf den verschiedensten Gebieten eröffnet wird.

So ergibt sich in der Lösung dieser Fragen für unsere in den kommunalen Verwaltungen tätigen Genossen und Genossinnen ein weites Arbeitsfeld. Aber auch alle außerhalb der öffentlichen Organe Wirrenden würden sich den Dank der Jugend verdienen, wenn sie jede Möglichkeit zur Schaffung neuer Heimstätten für die Jugend den zuständigen Stellen zur Kenntnis bringen und im übrigen tüchtig mitarbeiten, wenn es gilt, aus Eigenem etwas Derartiges zu schaffen.

Die Gültigkeit des preussischen Notgeldes.

Im Publikum besteht noch immer Unklarheit darüber, welche Stücke des preussischen wertbeständigen Notgeldes aus dem Verkehr gezogen werden und welche mit uneingeschränkter Gültigkeit als gesetzliches Zahlungsmittel im Verkehr bleiben. Es sei daher noch einmal ausdrücklich festgesetzt, daß wegen der bevorstehenden Kalkulationen nur die Stücke lautend auf 4,20 Goldmark = 1 Dollar und 2,10 Goldmark = 1/2 Dollar zur Einlösung aufgerufen worden sind. Die den braunen Adlerausdruck tragenden Scheine über 1,05 Goldmark = 1/4 Dollar sowie die den gelben Adlerausdruck tragenden Scheine über 0,42 Goldmark = 1/10 Dollar bleiben, unberührt von dem Aufruf der anderen Scheine, als vollgültige gesetzliche Zahlungsmittel im Verkehr. Sie sind daher nach wie vor von jedermann in Zahlung zu nehmen.

Die Älteste stand schon bei den Studenten, lächelte kopfschüttelnd über die Kaufleute und nahm die Bestellung entgegen. Die Studenten blickten belustigt hinüber.

„Bardon!“ drohte Adolf, der seinen früheren Mitschüler, Karl Venz, nicht erkannte. Der Wirt kam groß aus dem Büfett heraus.

„... so sehen wir alle Tage,“ sang der Magistratsbeamte immer noch. Und die Älteste präferierte die Rechnung. Die fünf Monatsgehälter reichten nicht. Der halbe Tisch stand voll Wein und Sektflaschen. „Adolf warf noch eine Banknote auf den Tisch, an dessen Stirnseite der Wirt stand und die drei Worte sprach: „Das langt nicht.“

Alle standen schwankend und ausgeliefert, wollten nach ihren Mänteln greifen. „Sie müssen mir Ihren Ring zum Pfande da lassen.“ Der Wirt stellte den Zeigefinger steil auf die Rechnung. Die Studenten beobachteten gespannt die Szene.

Adolf zog den Brillantring vom Finger. „Darüber muß ich eine Quittung bekommen!“ Und blickte, trotz seines Rauhs, verblüfft auf die schon ausgefüllte Rechnung, die der Wirt vor ihm hinlegte.

Schritt für Schritt ging er hinter den Abziehenden nach, schloß die Tür leise und mit Kraft und zog sich hinter das Büfett zurück, stellte eine leere Flasche unter den Kübel. Diesmal war es eine Rotweinflasche.

Die Älteste atmete hoch auf, ließ den Busen fallen: „Diese Kaufleute! Wollen esegante Herren spielen und können dann nicht bezahlen.“ Sie breitete die Arme aus: „Jetzt sagt mir, was haben solche Bürschchen in einer Weinstube zu suchen?“

Karl Venz stimmte ihr bei. Daraufhin auch die anderen. Sie goß den Rotwein ein. „Auch für uns ein Gläschen?“

„Über selbstverständlich!“ Und dann ging er ersten Gesichtes erst hinaus in das Kiosett und nahm das Couleurband ab; die anderen hatten, dem Kommet gemäß, ihre Couleurbänder nicht an.

Die Älteste goß neun Gläser voll: es waren sechs Studenten. Die junge Schwester richtete den Tisch der Kaufleute für neue Gäste her. Und der Wirt rückte den Kübel zurück.

Daß dies besonders herrliche Genüsse wären, wert, ihretwegen auch nur den Bruchteil selbst eines blödsinnigen Ideals aufzugeben, kann gewiß niemand behaupten; aber auch nicht, daß es keine begehrenswerteren Genüsse gäbe, dachte Jürgen auf dem Heimwege durch die schlafende Stadt.

Vor einem kleinen Café in der noch belebten Hauptstraße

Getaufte Tabak.

Wer zählt die Tabake, nennt die Namen, die alle da zusammenkommen! Redlich ist es, wie sich jetzt in den Tabakhändlungen ganze Paketpyramiden türmen und auf vertrauensföhlige Käufer warten. Noch vor wenigen Monaten war es anders. Es gab überhaupt keinen Pfeifenlabak oder nur zu gepfefferten Preisen. Er scheint nun, wie in einer Laune der Natur, im Winter gewachsen zu sein. Oder sollte es stimmen, daß er, weil nur wenige Raucher die damaligen Preise anlegten, erst mit der Stabilität der Währung, wie so vieles andere, aus den verschwiegenden Lagerräumen zum Vorschein kam? Genug, es ist so massenhaft von dem „edlen Kraut“ da, um ganze Heere von Rauchern damit zu befriedigen. Man sieht erkaunt vor diesem prächtigen Wettbewerb und fragt sich mit einem nassen und einem trockenen Auge, wo wohl der Ursprungsort all der Fälle zu suchen sein mag. Jugenderinnerungen werden mach. So mancher, der ein hant bemaltes Fünfsilbergrammpaket mit schönem Namen heimträgt, denkt nach den ersten unartigen Zügen mit Bauchgrimmern und Grausen an die Jugendzeit, als wir die ersten schützternen Raucherprobe machten. Oder an die herrlichen Jahre des „Stahlbades“, als unsere sonst nicht verwöhnten Soldaten die ihnen von Kriegsgewinnlärn und Liebesgabenklingen ins Feld gesandten Rauchwaren, die nicht rauchbar waren, mit einem kräftigen „Pfei Deibel!“ über den Schützengrabenrand feuerten. Der Botaniker, in keiner Unschuld ist daß, welche Wandlungen so eine Tabakstaude durchmacht, und der Genußmittelchemiker entdeckt schon ohne allzu strenge Analyse den berühmten Wald- und Wiesenduft. Nun erst die unterschiedlichen „Marken“, die der Massenangriff auf die Pfeifenhersteller gezeitigt hat. Nomen est omen. Fast die Hälfte aller Pfeifentabaks ist auf Schag eingestellt. Gottchen, was alles Schag sein soll! Da liest man Gold-, Kondor-, Hanso-, Wappen-, Würfel-, Gold-, Zyro-, Nequator-, Bremer-Lloyd-, Parlament-Schag und hundert andere Beinamen. Standard Mixture klingt ebenso hübsch ausländisch und anziehungskräftig wie die Virginia-Mischung. Hantseckenstolz nimmt den Mund voller als der vulgäre Kiepenkerl. Schwarzer Krauter in seinen zahlreichen Abarten ist nur etwas für Raucher, die so leicht nicht umfallen. Bekiebt sind auch die Farbenunterschiede, wie sie in den Verpackungen Rot-Siegel-, Grün-Siegel- und ähnlichen zum Ausdruck kommen. Ach, und erst die vielen Sorten Portorak! Ob den wohl ein Einzelmischer von der schönen Tabakinsel vertrauen würde? Vielleicht ebensowenig wie die Marke „Trepptower Winterwald“, die man in den Schaufenstern mit Namen vergewens sucht. Selbst Förster und Pastoren sollen schon zu den Paketen, die den empfehlenden Namen ihres Standes tragen, gelangt haben: „Dat rooken die Städters, aber wi rooken dat nich.“ Was man wählen soll? Quaint zwanzig verschiedene Nummern, und ihr verlangt sicher nach der einundzwanzigsten.

Noten der Werderschen Obstzüchter.

Die Konkurrenz der Südrüchle.

Die Stadt Werder hat eine Kreditation für die notleidenden Obstzüchter in die Wege geleitet. Die Banken haben große Summen, etwa 180 000 Goldmark bereit an die Obstzüchter abgegeben und die Stadt Werder hat jetzt laut Magistratsbeschluss selbstschuldnerische Garantiestellen übernommen. Es handelt sich nicht um Geschäftskredite, sondern um ein Darlehen zur Wirtschaftserhaltung. Die Obstzüchter verpfänden Mobilien und Immobilien dafür. Ferner verpfänden die beiden Obstzüchter-Genossenschaften ihr gesamtes Vermögen. In der gestrigen Werderschen Stadtoberordnetenversammlung wurden diese Tatsachen bekanntgegeben. Der Stadtverordnete Botovv schilderte das Elend der Obstzüchter. Die falsche Ernte 1923, die Geldentwertung im Sommer haben dem Stand eine große Niederlage verursacht. Die Hauptursache aber sei die plötzliche Deckung der Grenzen für die Obsteinfuhr gewesen, die das Obst so verbilligt habe, daß den Obstbauern vor dem kommenden Sommer grauen müsse. Die fast einkehrende Südrüchle einfuhr habe das überwinterete Edelobst schon jetzt fast vollständig verdrängt. Bürgermeister Diegel wandte sich dagegen, daß wieder gewisse Kreise die kommende Ernte aufzukaufen suchten, um selbstständigen Plänen dienen zu können. Dagegen müßten die Obstzüchter sofort Erstellung nehmen.

stand wieder der Krüppel und neben ihm, reglos, grau und böse, die Frau, auf dem Arme den strotzenden Säugling.

„Daß einer um den Preis, Viehschafften zu haben mit schönen, gepflegten Frauen, oder um der Nacht und des Erfolges willen Verrat abt an allem, was ihm in der Jugend teuer war, wäre schon eher zu begreifen.“

Und plötzlich entsann er sich des Abends, da er, geladen bei einer der vornehmsten Familien des Landes, solchen Frauen begegnet und Zeuge geworden war von Gesprächen zwischen Großbankiers, die über Weltpolitik, Eisenbahnbauten und den wahrscheinlichen Zeitpunkt eines neuen Krieges in leichtem Plaudertone gesprochen, und zwischen berühmten Schriftstellern, die über die Schönheit eines Gostehizitates und sogar über den Sappbau des Jitates länger als eine Stunde äußerst beziehungsreich und sehr klug und geistvoll diskutiert hatten. Das ist Nacht, das ist Kultur, hatte er damals gedacht.

„Aber kann denn durch diese Nacht und durch diesen Geist das Meer von Tränen, kann denn dadurch das würgende, würgende Menschenleid beseitigt werden? Ich glaube es nicht. Was aber soll man tun?“ Bedrückten Herzens schloß er die rückwärtige Gartentür auf, an die er das Schild angebracht hatte: „Hier wird Armen gegeben.“

Seine Fragen an das Leben fanden keine Antworten; nur die allzu glatten der Schulkameraden und der Tante. Ist — wenn er sah, wie die früheren Mitschüler jenseits aller Zweifel lebten — hatte der Vereinsamte, wie einmal in der Schule, den Wunsch gehabt, auch so zu werden, wie die anderen waren, das Fragen und das Suchen aufzugeben und sich der Lantenauffassung anzuschließen. Diese Stunden nannte Jürgen Schicksalspausen.

Er sah am Fenster, hatte noch Kopfschmerzen von dem Wein, sah die Unimierneipe. Schwelmerel! dachte er, betrachtete mit inbrünstigem Haffe der Tante Lebensarbeit; die unverwüthlichen gehästelten Decken, die alle Möbelstücke drückten. Der Perpendikel tickte ruhevoll das Wort „rich-tig, rich-tig.“

„In diesem Zimmer „Schweinerel“ zu sagen, ist unmöglich. Da hört die Uhr auf zu rücken, die Decken gleiten von Sesseln, Tisch und Kommode, und die Heiligenbilder fallen von den Wänden.“

Eine lange halbe Stunde wurde kein Wort gesprochen. Die Tante häfelte. Die Älteste zeigt die Photographien. (Fortsetzung folgt.)

(Nachdruck durch Wolff-Verlag, Berlin.)

Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

Daselbe fragten die Kaufleute. Sie zog aus ihrem Busen pornographische Photographien, auf denen sie selbst in verschiedenen Stellungen nackt abgebildet war, zusammen mit einem Herrn im Frack. Es standen schon neun leere Flaschen auf dem Tisch. Die Gläser der Mädchen waren immer beinahe gleichzeitig voll und leer.

„Aber natürlich bringen Sie noch Wein!“ rief Adolf und ließ die Bilder durch seine heißen Hände laufen. „Aber natürlich bringen Sie noch!“ echoten die anderen.

Hinter dem Büfett hing in einem Ring ein Kübel; vom Boden des Kübels lief ein Schlauch weg in die jeweilig darunterstehende Flasche. Nachdem die Mädchen ihre vollen Gläser in den Kübel entleert hatten, besorgte der Wirt mit diesem Weine das Füllen der Flaschen. Und die Mädchen stellten den Wein wieder auf den Tisch.

Das Orchester spielte ununterbrochen. Die vier Köpfe, eng aneinandergepreßt, blieben über die Photographien geneigt, bis die Älteste die Bilder wegnahm. Das Wort „Sekt“ fiel. Jürgen legte einen Geldschein in Adolf Sinshaimers Hand und verließ die Weinstube. Die anderen bemerkten es kaum.

Plötzlich fühlte der Magistratsbeamte sich beim Halle gepackt. Die ineinander verschlungenen Weiber- und Männerkörper schaukelten hin und her nach der Melodie des Fötienlosos. Der Sekt floß. Die Flaschen schwebten selbständig vom Büfett herüber auf den Tisch. Floß eine Stunde lang im Kreislauf: aus den Flaschen in die Gläser, von da in den Kübel, durch den Schlauch in die Flaschen und wieder in die Gläser, bis der kühl und reglos neben dem Kübel stehende Wirt den Wink zur Vorsicht gab.

Da lösten sich die Mädchen allmählich los. Die junge Schwester blieb auf des Magistratsbeamten Schoß liegen. Sie war betrunken. Der Wirt schickte ihr einen Blick, der sie ernücherte.

Ein Schub Studenten trat ein, setzte sich an den Tisch, an dem der Arbeiter gefessen hatte.

Der Magistratsbeamten geschweifter Mund schnappte auf und zu, und plötzlich warf er die dünnen Arme hoch und behauptete: so lebe er, so lebe er, so lebe er alle Tage.

